

FAIRCONOMY

Für eine Welt mit Zukunft

Perspektiven für zukunftsfähige Finanz- und Geldsysteme

Tagung am 15./16. März in der VHS Essen
Überschussliquidität? – »Geldrecycling«!
Grundsteuer: Zeitgemäß!

Liebe Leserinnen und Leser,

Dieser Tage fiel mir ein Büchlein mit dem Titel »Harte Kerne« wieder in die Hände. Der Verfasser, INWO-Mitglied Tobias Grüterich, hatte es mir bereits 2009 zugeschickt. Damals war ich aber gerade umgezogen, so dass sein Band mit Aphorismen und Notaten erst einmal in der Versenkung verschwand.

Jetzt schlug ich es auf und las:

»Die Verwechslung von Kapitalismus und Marktwirtschaft ähnelt der von Science Fiction und Utopie. Der Kapitalismus lebt von Fiktionen wie dem Glauben an ein ständiges Wirtschaftswachstum oder dem »Naturrecht auf Einkommen aus Eigentum« (Peter Kafka); die bodenständige Marktwirtschaft, die nicht manipulierte Preisfindung durch Angebot und Nachfrage, wird immer mehr zur Utopie.«

Sehr passend, fand ich, hatte ich doch gerade selber in einem Interview auf Kafka zurückgegriffen (siehe S. 4-7). Der Astrophysiker und Atomkraftkritiker schrieb vor fast 20 Jahren über die globale Beschleunigungskrise, die ganz eng mit der Idee verknüpft ist, es gebe ein Naturrecht auf Einkommen aus Eigentum. Er warnte: »Einkommen aus Eigentum – zum Erwerb von noch mehr Eigentum. Diese uralte Grundidee der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist nicht weiter lebensfähig!«

Immerhin hatte diese Grundidee noch bis 2007 Bestand, bevor ein erster Schock auch durch die Reihen derjenigen ging, die sorglos an diese Fiktion geglaubt und sich dabei auch noch in einer funktionierenden Marktwirtschaft gewöhnt hatten, in einer sozialen gar. Tatsächlich haben das permanente Wachstum, die globale Beschleunigung, die dem Kapitalismus eigen sind, immer weiter zugenommen ... und die Marktwirtschaft in immer weitere Ferne

rücken lassen, bis an einen »Nicht-Ort«, auf Griechisch »Utopie«.

Kafka empfahl 1994: »Wir müssen eine Reduktionsstrategie für das Einkommen aus Eigentum entwickeln. Dazu wird vor allem die Beschränkung des Eigentums an den knappen Lebensgrundlagen Land und Geld gehören, also ein neues Bodenrecht und die Beseitigung des Zinses durch Einführung von »alternem Geld.« (Peter Kafka: Gegen den Untergang, S. 174)

Seine Empfehlungen sind aktueller denn je, wollen wir ein Leben nach der Krise. Nutzen wir den immer stärker bröckelnden Glauben an die kapitalistischen Fiktionen und wenden uns der Utopie zu, den Perspektiven für zukunftsfähige Finanz- und Geldsysteme. Eine funktionierende Marktwirtschaft bedingt zwar nicht die komplette Abschaffung des Zinses, wohl aber seine Minimierung, um eine stabile und verteilungsneutrale Währung zu schaffen. Und auch die Bodenrente darf nicht privatisiert werden. In diesem Heft sowie auf der Perspektiventagung möchten wir Wege dahin aufzeigen.



Herzliche Grüße,
Beate Bockting

Kontakt: redaktion@INWO.de

Inhalt

- 3 Perspektiven
- 4 Interview mit Christian Kreiß:
Aus der Geschichte lernen
- 8 Johann Walter: Überschussliquidität? –
»Geldrecycling«!
- 10 Christian Gelleri: Die wundersame Geldvermehrung und die Entdeckung des neutralen Geldes
- 12 Ulrich Brand, Hans Thie: Konsens jenseits der Wachstumsfixierung? Verspielte Chancen
- 14 Vlado Plaga: Bericht von der
KSI-Finanzmarkttagung
- 15 INWO Deutschland
- 16 INWO Schweiz
- 18 Grundsteuer: Zeitgemäß!
- 20 Frank Bohner: Schluss mit Landgrabbing –
Ressourcengerechtigkeit jetzt!
- 21 Buchvorstellung
- 22 Termine
- 23 Bestellmöglichkeiten

Impressum

FAIRCONOMY 9. Jahrgang, Nr. 1 März 2013, ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion: B. Bockting (V.i.S.d.P.), H. Barth
E-Mail: Redaktion@INWO.de

Abo-E-Mail: Versand@INWO.de

Auflage: 2.300 Exemplare; davon 450 als »r-evolution« (INWO Schweiz)

Bildnachweis

Titelseite: © Klaus-Uwe Gerhardt / PIXELIO.de / cvp-design; INWO-Materialien: SMARTI-d – Andreas Franke; Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage; 3: © Klaus-Uwe Gerhardt / PIXELIO.de; 4: © Weiler / Stadtarchiv München 5: © Gerd Altmann / PIXELIO.de; 6: © Gerd Altmann / PIXELIO.de; 8+9: © Johann Walter; 10+11: © Christian Gelleri; 12: © Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Melde; 13: © Jakob Ehrhardt / PIXELIO.de; 14: Vlado Plaga; 18: © benicce / clipdealer.com; 19: © Klaus-Uwe Gerhardt / PIXELIO.de; 20: © Templermeister / PIXELIO.de; 21: © A. Lindert-Rottke / fotolia.com; 22: © Joss / PIXELIO.de

Layout: cvp-design, Christina v. Puttkamer, München

Druck: Neumann, Landshut (gedruckt auf 100% Recyclingpapier)

Herausgeberin: INWO Deutschland e.V., Max-Bock-Str. 55, 60320 Frankfurt

Abo-Kontakt: Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg,
Telefon: +49 6623 919601, Fax: +49 6623 919602,
E-Mail: INWO@INWO.de, <http://www.INWO.de>

Kontoverbindung:

Konto 6010451400 bei der GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum (BLZ: 430 609 67)
IBAN: DE 32430609676010451400, BIC: GENO DE M 1 GLS

Die FAIRCONOMY ist die Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam und informieren unsere Mitglieder. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapitalistische

Auswüchse. Voraussetzung für die FAIRCONOMY ist eine Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

Der nächste Crash kommt ... doch wir bieten Ihnen:

Perspektiven für zukunftsfähige Finanz- und Geldsysteme

Freitag, 15. März 2013, 18-21.30 Uhr und Samstag, 16. März 2013, 10-20 Uhr, Volkshochschule Essen



Meine Perspektive

Was ist die Hauptursache der Finanzkrise?

Eine bisher vollkommen unterbelichtete Ursache der Finanzkrise ist die abnehmende Bereitschaft der Kapitalanleger, bei niedrigen Renditen langfristig zu investieren. Bei Zins- und Inflationsraten unter 3 Prozent wird tendenziell mehr spekuliert und weniger investiert.

Was ist die drängendste Frage, mit der sich Ökonomen beschäftigen sollten?

Wie können Durchhaltekosten für Liquidität erzeugt werden, ohne Inflation zu riskieren? Wie kann gewährleistet werden, dass der Überschuss von Geldkapital zu einem Sinken der Zinslasten führt?

Was ist der wichtigste Ansatz, den wir als Ausweg aus der Krise verfolgen sollten?

Eine Gebühr zur Verhinderung von Geldzurückhaltung senkt das Zinsniveau dauerhaft. Eine unangemessene Ausweitung der Geldmenge wird dadurch vermeidbar. Die Zinslasten werden geringer, Schulden werden rückzahlbar. Die Geldvermögen wachsen nicht mehr in den Himmel.

Klaus Willemsen

Was ist die Hauptursache der Finanzkrise?

Die Hauptursache der Finanzkrise ist die Tatsache, dass sich der spekulative Teil des Finanzsektors (Investmentbanken, Schattenbanken, Hedgefonds) zum Herren über Realwirtschaft und normale Geschäftsbanken aufgeschwungen hat und die Regeln und Gesetze zum eigenen Nutzen umschreibt. Die vom US-Verfassungsrichter Louis Brandeis bereits 1912 identifizierte »Finanzoligarchie« hat mittlerweile auch die Politik »gekapert«, wie es der ehemalige Chefvolkswirt des IWF, Simon Johnson, nennt. Die Regulierungen und Brandschutzmauern, die nach 1929 eingebaut wurden, wurden so ab Ende der 70er Jahre nach und nach wieder abgebaut.

Was ist die drängendste Frage, mit der sich Ökonomen beschäftigen sollten?

Ökonomen sind in der Regel gut darin, das Verhalten von Märkten und Marktteilnehmern bei einem bestimmten festgelegten Regelwerk zu analysieren. Sie sollten sich wieder mehr mit der Frage beschäftigen, wie Regeln gemacht werden, von wem und zu welchem Zweck.

Was ist der wichtigste Ansatz, den wir als Ausweg aus der Krise verfolgen sollten?

1. Wir sollten ausreichendes Eigenkapital von Fix 7-10 Prozent für alle Finanzmarktakteure festschreiben. Damit wäre die für ein marktwirtschaftliches System wichtige Frage einer funktionierenden Haftung gelöst.
2. Eine Finanztransaktionssteuer würde die hoch spekulativen Geschäftsmodelle ausbremsen und bestrafen, ebenso den Derivateinsatz. Die Finanztransaktionssteuer würde dazu beitragen, Finanzströme in nachhaltige und langfristige Anlagen umzulenken.
3. Eine strenge Regulierung von Geschäftsmodellen und Produkten würde diese Maßnahmen unterstützen. Eine Regulierungsbehörde sollte zum Beispiel den Einsatz von Derivaten bei Privatanlegern stark einschränken, anstatt bei solch komplexen Produkten davon auszugehen, dass eine »Aufklärung« reicht. Auch bei Feuerwaffen benötigt man ja einen Waffenschein.

Max Otte

Was ist die Hauptursache der Finanzkrise?

Dass per »schuldenschaffender« Kreditgeldschöpfung eine Überschussliquidität geschaffen wurde, also im Vergleich zu den Bedürfnissen der Realwirtschaft zu viel Geld geschaffen wurde und dabei zu viele Schulden entstanden.

Was ist die drängendste Frage, mit der sich Ökonomen beschäftigen sollten?

Wie kann durch bessere Steuerung der Geldentstehung und des Geldumlaufs die erwähnte Überschussliquidität reduziert werden? Wie kann zugleich das Geldsystem so gestaltet werden, dass es nicht mehr (wie heute) zu einer Verschärfung von Instabilitäts-, Verteilungs- und Umweltproblemen, sondern im Gegenteil zu einer Reduzierung dieser Probleme beiträgt?

Was ist der wichtigste Ansatz, den wir als Ausweg aus der Krise verfolgen sollten?

Einführung und Weiterentwicklung einer Finanztransaktionssteuer, Reform der Geldschöpfung in Richtung des Vollgeldansatzes.

Johann Walter

Was ist die Hauptursache der Finanzkrise?

Das Auseinanderdriften von Realwirtschaft und Finanzwirtschaft. Während die Finanzwirtschaft exponentiell wächst, kommt die Realwirtschaft an Grenzen des Wachstums.

Was ist die drängendste Frage, mit der sich Ökonomen beschäftigen sollten?

Wie bekommen wir reale und monetäre Entwicklung in ein Gleichgewicht? Wie bringen wir die Finanzwirtschaft wieder in den Dienst der Realwirtschaft?

Was ist der wichtigste Ansatz, den wir als Ausweg aus der Krise verfolgen sollten?

Erstmal die simple Erkenntnis, dass Bäume nicht in den Himmel wachsen können. Wenn Geld unaufhörlich wachsen kann, müssen wir uns die Frage stellen, wie wir diesen Automatismus abstellen können. Eine Steuer auf Geld ist dazu ein Weg. Hohe Steuern machen das Halten von Geld unattraktiv ähnlich wie hohe Energiesteuern den Verbrauch von Energie unattraktiv machen.

Christian Gelleri

Aus der Geschichte lernen

Interview mit Prof. Dr. Christian Kreiß



Beate Bockting: Herr Kreiß, lassen Sie uns zunächst einen Blick in die Vergangenheit werfen. Sie haben während Ihrer Promotionszeit an der LMU München insbesondere über die Weltwirtschaftskrise 1929 – 1932 geforscht. Es werden immer wieder Parallelen zwischen der damaligen und der heutigen Krise gezogen. Was sind die wichtigsten Analogien?

Christian Kreiß: Die wichtigsten Parallelen sind die starke Vermögens- und Einkommenskonzentration und die hieraus folgenden Überkapazitäten. Nur einmal während der letzten etwa 100 Jahre war die Ungleichverteilung der Einkommen beispielsweise in den USA so stark wie 2007 – und das war 1928. Damals wie heute suchten übergroße Kapitalmengen nach lukrativen Anlagemöglichkeiten. Damals wie heute wurden daher weltweit große Überkapazitäten von Produktionsanlagen aufgebaut. So lag in den USA von 1930 bis 1938 die durchschnittliche Auslastung der Automobilfabriken bei nur etwa 40%, das heißt die Überkapazität betrug ein Jahrzehnt lang etwa 60%. Ähnliche Verhältnisse könnten auch in den nächsten Jahren in der Automobilindustrie auf uns zukommen, insbesondere in Europa, und auch in zahlreichen anderen Branchen.

BB: Zeitgleich zu den Schwierigkeiten, die die USA damals hatten, ihre enorme Güterproduktion abzusetzen, haben Banken, wie es heißt, »zu unvorsichtig Kredite vergeben« und wurden insolvent, während die Menschen »über ihre Verhältnisse gelebt« hätten. Genau das wird uns ja heute auch erzählt. Teilen Sie diese Interpretation, die darin enthaltenen Schuldzuweisungen? War das nicht vielmehr eine logische Folge des Kreditgeldsystems?

ChK: Das Kreditsystem ist heute viel ausgefeilter und sehr viel weiter verbreitet als damals, vor allem bei Konsumentenkrediten. In den letzten 20 Jahren lebten vermutlich mehrere hundert Millionen Haushalte weltweit »dank« Kreditaufnahmen über ihre Verhältnisse, das heißt, sie gaben regelmäßig mehr Geld aus, als sie einnahmen, in unhaltbaren Zustand. Die Banken wussten streckenweise nicht, wohin mit dem vielen Geld und haben es in immer riskantere und unhaltbarere Projekte und Darlehen gesteckt. Ich habe das selbst als Banker von 1993 bis 2002 in drei verschiedenen Banken miterlebt. Die

»Die gewaltigen Überkapazitäten sind solange unsichtbar, solange die Kredite fröhlich vergeben werden, wie es bis 2007 der Fall war, und so lange man an die gängigen ökonomischen Wachstumsmodelle glaubt.«

eigentliche Ursache dafür liegt aber in unserem exponentiell wachsenden Kredit- und Vermögenssystem. Das drängt auf Dauer Banken und Kreditnehmer in solche Verhaltensweisen, wie wir sie die letzten 20 Jahre gesehen haben. Unsinniges Verhalten ist lange Zeit vom Markt belohnt worden: Je höher man

sich beispielsweise verschuldet hat, um weitere Immobilien zu kaufen, desto reicher wurde man. Wer bei dem »Spiel« nicht mitgespielt hat, hat verloren. Es war also nur eingeschränkt menschliches Versagen oder moralisches Versagen im Einzelfall, was sicher vorkam, sondern Systemversagen. Die spannende Frage ist: Welche Menschen haben die Regeln des Systems so gestaltet, wie sie eben gestaltet sind? Denn ganz konkrete Regeln werden immer von ganz konkreten Menschen gemacht. Regeln machen sich nicht von alleine, das System macht nie von alleine Regeln. Die machen immer Menschen mit bestimmten Interessen.

BB: Neben der steigenden Verschuldung gab es – wie Sie ja eingangs schon gesagt haben – damals wie heute diese enorme Einkommens- und Vermögenskonzentration. Ich glaube, Sie sind einer der wenigen Ökonomen, die die damit verbundene steigende Sparquote kritisch betrachten. Müsste man nicht eigentlich auch mal thematisieren, dass einige über ihre Verhältnisse *gespart* haben?

ChK: Natürlich. Unsere Eigentumsordnung, die unbegrenztes Akkumulieren von Vermögen über Dividenden, Bodenrenten und Zinsseszins nicht nur erlaubt, sondern geradezu



Während der Bankenkrise 1931 kam es zu so genannten »Bankfeiertagen«. Hier ängstigten sich Münchener Bürger um ihre Einlagen.

erzwingt, führt dazu, dass Vermögen und Geld sich in immer weniger Händen konzentriert. Und wenn man pro Tag 10.000 Euro oder Dollar auf sein Girokonto bekommt, kann man dieses Geld unmöglich konsumieren. Das kann man nur »sparen« bzw. weiterakkumulieren. Und das erzeugt auf der einen Seite das oben angesprochene Kapital-Überangebot, das über niedrige Zinsen zu Überinvestitionen führt. Auf der anderen Seite führt es zu Nachfrageausfall, der über vermehrte Kreditnachfrage von anderen Marktteilnehmern ausgeglichen werden muss, um einen Wirtschaftsabsturz zu verhindern. So werden bestimmte Marktteilnehmer, vor allem private Haushalte, in Überschuldung »verführt« – denn es gibt ja keinen strengen Zwang dazu.

BB: Dass immer mehr Kreditnehmer zahlungsunfähig werden ist doch logisch, wenn die Gesamtschuldenbelastung einer Gesellschaft ständig steigt, das notwendige Wirtschaftswachstum jedoch ausbleibt. Die Bankenwelt bereitet sich nun auf massive Abschreibungen und Abwicklungen vor. Ist das überhaupt machbar, ohne dass nicht auch entsprechend die Vermögen herangezogen werden?

ChK: Die Zahlungsunfähigkeit von immer mehr Kreditnehmern ist in dem System programmiert, es ist nur eine Frage der Zeit, bis die Exponentialfunktion explodiert. Seit 2007 ist das der Fall, wir stehen am Beginn der Explosion, die bislang in Zeitlupe und auf Raten stattfindet. Bis etwa 2007 haben sich die Prozesse eher schleichend entwickelt, wie das exponentielle Wachstum von Bakterien oder Krebszellen vor dem Ausbruch der Krankheit. Seit 2007 ist die Krankheit ausgebrochen, wir stehen erst am Anfang. Bis jetzt versucht man, mit Antibiotika und Chemotherapie wie Geld drücken und deficit spending die Krankheit zu unterdrücken. Das wird aber ins Leere laufen, da es nicht an die eigentliche Ursache des Krankheitsherdes geht. Massive Abschreibungen und Abwicklungen in der Bankenwelt sind ebenso unausweichlich wie dramatische Werksschließungen in der produzierenden Wirtschaft, ähnlich wie in den Jahren ab 1930. Aber es gäbe natürlich heute zwei Wege, wie man mit dem Problem umgeht. Entweder so wie wir es nach 1929 taten und seit 2007 tun, nämlich ohne Benennung der eigentlichen Ursachen und daher ohne jegliche Therapieaussicht – oder mit Vernunft. Wir haben die Wahl: Entweder es kommen starke Unruhen, Kataklysmen, soziale Verheerungen, indem wir das System einfach weiterlaufen lassen, wie es derzeit geschieht, oder wir gehen die Situation mit Vernunft an. Mit Vernunft heißt: Die Exponentialfunktion der letzten vielleicht 30 Jahre sanft rückabwickeln. Konkret: die Ungleichverteilung rückabwickeln, Nicht-Arbeits-einkommen aus Bodenrenten, Dividenden und Zinseszins bzw. die diesen zugrunde liegen-

»Die Zahlungsunfähigkeit von immer mehr Kreditnehmern ist in dem System programmiert, es ist nur eine Frage der Zeit, bis die Exponentialfunktion explodiert. Seit 2007 ist die Krankheit ausgebrochen, wir stehen erst am Anfang.«

den Vermögen zum Tragen sozialer Lasten heranziehen und im Gegenzug Einkommen aus Arbeit entlasten. Dann gäbe es keine dramatische Depression. So könnten auch die armen Griechen und Spanier ihre tragische Arbeitslosigkeit relativ einfach abbauen: Geld ist genug da, nur falsch verteilt. Es gerinnt in zu wenigen Händen.

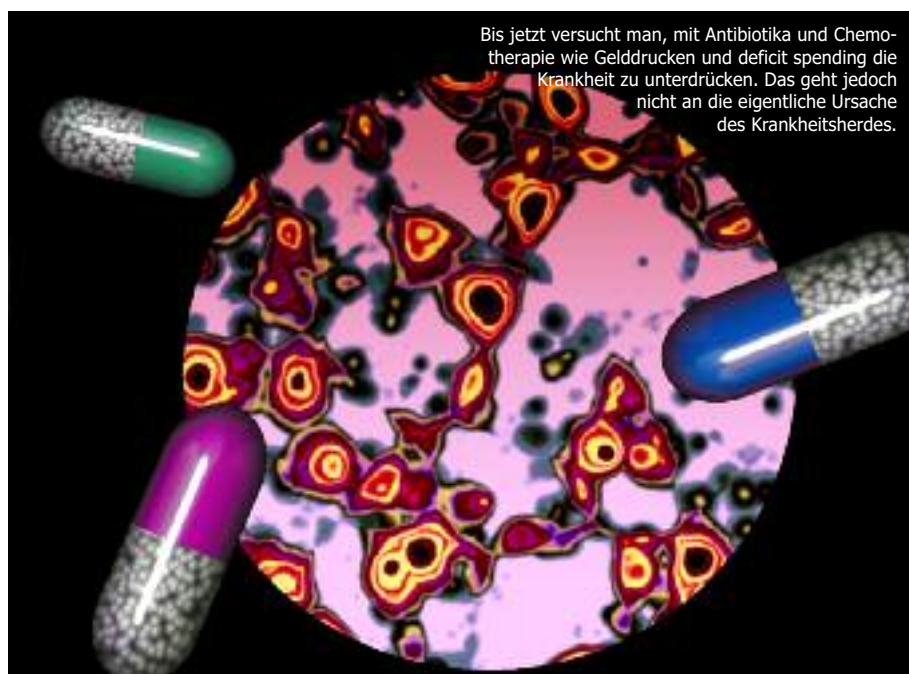
BB: Sie haben ja viele Jahre als Banker gearbeitet. Wie beurteilen Sie, wie das Bankensystem heute mit den Herausforderungen umgeht?

ChK: Man versucht zu vermeiden, dass die Probleme einer Bank sich auf andere Banken übertragen, wie das nach Lehman im September 2008 passierte. Man versucht, die einzelnen Probleme abzuschotten, zu isolieren, damit sie nicht »systemrelevant« werden.

Man versucht, einen Zusammenbruch des Bankensystems, wie er Mitte 1931 in Deutschland erfolgte, zu vermeiden. Damals gab es von Reichskanzler Heinrich Brüning verordnete »Bankfeiertage«, das heißt Bankschließungen, um Bankruns und weitere Bankzusammenbrüche zu vermeiden. Das hat damals aber nicht funktioniert, wird auch heute nicht funktionieren. Damals versiegte der Geldkreislauf, der wie der Blutkreislauf durch den wirtschaftlichen Organismus fließen soll, um ihn gesund zu erhalten, und die deutsche Wirtschaft erhielt den Todesstoß. Isolierung ist eine im Sinne des bestehenden Systems rationale Vorgehensweise. Aber sie geht nicht an die Wurzel des Problems, die zwanghaft exponentiell wachsenden Vermögen. Es sollen hier im Übrigen nicht die vermögenden Menschen angegriffen oder moralisch verurteilt werden. Es handelt sich um eine Systemfrage, die das Geld zwangsweise in immer weniger Hände spült, seien es moralisch höher oder weniger hoch stehende Menschen.

BB: Anfang der 30er Jahre wurde dies- und jenseits des Atlantiks die Geldmenge reduziert, wodurch alles noch viel schlimmer wurde. Heute machen die Notenbanken das genaue Gegenteil, sie versuchen durch niedrige Zinsen und ungewöhnliche Maßnahmen die Liquidität der Banken zu erhalten und die Kreditversorgung der Wirtschaft sicherzustellen. Beweist das, dass sie doch aus der Vergangenheit gelernt haben?

ChK: Ja, in diesem Punkt ja. So richtig diese Maßnahmen auch sind, so übersehen sie jedoch den eigentlich entscheidenden Punkt bzw. die entscheidende Ursache des großen Debakels von 1929 – 1940: die stark gestiegene Ungleichverteilung von Vermögen und Einkommen. Hier liegt die eigentliche Wurzel



des Problems. Und wenn an dieser Wurzel nicht angesetzt wird, so werden auch deficit spending und expansive Geldpolitik zwangsläufig ins Leere laufen. Mit anderen Worten: Obwohl man einige Lehren aus der Geschichte zog, hat man die zentrale Lehre übersehen. Die Situation heute ähnelt der, wie sie der spätere Ökonomie-Nobelpreisträger Paul Samuelson formulierte, als er 1931 in den USA Volkswirtschaft studierte: Was wir hier in den Hörsälen hören, hat absolut nichts zu tun mit dem, was wir draußen in der Wirklichkeit sehen. Heute ist die Situation ähnlich: Was die gängige Mainstream-Ökonomie erzählt, hat sehr wenig mit der ökonomischen Wirklichkeit draußen zu tun.

BB: Zur schnellen und großen Ausbreitung der Weltwirtschaftskrise trugen damals auch der starke Außenhandel und Spannungen im Wechselkurssystem bei. Auch aktuell geraten die Wechselkurse unter Druck. Durch die lockere Geldpolitik der großen Notenbanken nimmt u.a. der Außenwert dieser Währungen ab. Es ist bereits die Rede von einem Währungskrieg. Was steht uns hier bevor?

ChK: Wie gesagt, die große Krise steht uns noch bevor, wenn nicht wirklich an die Wurzel gehende Maßnahmen ergriffen werden und mehr Ehrlichkeit Einzug hält, wonach es momentan leider nicht aussieht. Die Unehrllichkeit im Umgang mit der Eurokrise und der Finanzkrise ist auf vielen Ebenen kaum mehr zu überbieten. Da es weltweit viel zu hohe Produktionskapazitäten gibt, dürfte es einen Wirtschaftskampf darum geben, wo wie viel Kapazität abgebaut wird. Das dürfte zu erheblichen nationalen Spannungen führen, vorsichtig ausgedrückt. Die weltweiten Pro-

duktionsverflechtungen sind heute ungleich größer als 1929. Entsprechend ist auch das Ausmaß der möglichen Wirtschaftskonflikte ungleich größer.

BB: Die, die schlau sind, haben ihre Schäfchen längst ins Trockene gebracht und in reale Werte investiert, insbesondere in Grund und Boden. Und viele sind immer noch da-

**»Die Situation mit
Vernunft anzugehen heißt:
Die Exponentialfunktion
der letzten ca.
30 Jahre sanft
rückabzuwickeln.«**

bei, sich Realvermögen anzueignen. Welche Folgen hat dies?

ChK: Das ist für die, die es tun, klug und geht zu Lasten derer, die es nicht tun. Die Investmentbanken machen es vor. Es gibt immer auch Krisengewinner, wie man zum Beispiel an der schlimmen Krise von 1907 sehen kann, aus der John Pierpont Morgan mit gewaltigen Gewinnen hervorging. Das war kein Zufall.

BB: Zum Thema Wirtschaftswachstum: Sie beschäftigen sich ja auch sehr mit der heu-

tigen Überproduktion unserer Wirtschaften. Woran machen sie diese fest?

ChK: Nun, in der Immobilienbranche vieler Länder ist es ja offensichtlich geworden, wie stark die Überproduktion war. Deutlich dramatischer dürfte es im produzierenden Gewerbe werden, weil daran direkt und indirekt noch sehr viel mehr Arbeitsplätze hängen. Man kann es festmachen an dem Keil, der sich gebildet hat zwischen dem tatsächlichen Wirtschaftswachstum der letzten, sagen wir, 30 Jahre und dem realen Anstieg der Medianeinkommen als Nahrungsgröße für die Massenkaukraft. Massenproduktion ist nicht ohne Massennachfrage und diese nicht ohne Masseneinkommen möglich. Die Medianeinkommen sind in praktisch allen Ländern dieser Welt deutlich langsamer gewachsen als die tatsächlichen Produktionskapazitäten.

Die Lücke wurde durch Kredite geschlossen: Viele hundert Millionen Menschen weltweit haben in den letzten 30 Jahren mehr gekauft, als sie selbst verdientes Geld hatten. Dieser Keil beträgt vermutlich mehr als ein Drittel der Weltkapazität, wenn man unterstellt, dass die Weltwirtschaft seit 1980 von etwa 100 auf 230 gewachsen ist, die Weltmedianeinkommen wohl maximal halb so stark auf vielleicht 150. Das reale BIP der USA etwa wuchs zwischen 1980 und 2011 von 100 auf 231, die Medianeinkommen stiegen im gleichen Zeitraum dagegen nur von 100 auf 108. Das ist eine ganz gewaltige Nachfrangelücke, die sich da aufgebaut hat und die nun vor einer Bereinigung steht.

Die Weltproduktion müsste also um – vorsichtig geschätzt – gut ein Drittel zurückgeführt werden. Wenn wir allerdings ein undershooting zu dem in den letzten 30 Jahren erfolgten overshooting der Produktionskapazitäten erleben, könnte der Produktionseinbruch noch dramatischer ausfallen, bis zu 50%. 50%, also eine Halbierung der Produktion ist auch in etwa die Größenordnung, die wir in den Jahren 1930 – 1932 gesehen haben. So etwas läuft in den seltensten Fällen und in den wenigsten Ländern harmonisch und friedlich ab. Das Fatale ist: Diese gewaltigen Überkapazitäten sind solange unsichtbar, solange die Kredite fröhlich vergeben werden, wie es bis 2007 der Fall war, und so lange man an die gängigen ökonomischen Wachstumsmodelle glaubt. In denen sind diese Probleme unsichtbar. Der Glaube an die gängigen neoklassischen Wachstumsmodelle ist eine reine Glaubenssache. Dieser Glaube ist aber heute unter Ökonomen beinahe so weit verbreitet wie der an die einheitliche römisch-katholische Kirche in Europa vor 1517.

BB: Das allseits geforderte Wirtschaftswachstum im herkömmlichen Sinne kann also nicht die Lösung sein. In Ihren Vorträgen erklären



Die Ungleichverteilung rückabwickeln bedeutet: Nicht-Arbeitseinkommen aus Bodenrenten, Dividenden und Zinseszins bzw. die diesen zugrunde liegenden Vermögen zum Tragen sozialer Lasten heranzuziehen.

Sie, wie wir von der Katastrophe zur Anastrophie kommen können. Was brauchen wir für eine Wendung zum Guten?

ChK: Am Wichtigsten ist meiner persönlichen Einschätzung nach, was jeder einzelne Mensch ganz konkret zu einer Vermenschlichung unserer Wirtschafts- und Sozialwelt beiträgt. Das »Mehr-Haben-Wollen« ist oft tief in unseren Seelen verankert. Jeder Einzelne kann darüber sinnieren: »Wo kann ich auf Unnötiges verzichten?« Je mehr Mitmenschen dies tun, desto gesünder wird unsere Wirtschaft werden, das krankhafte Wachstum darf dann endlich aufhören. Ein anderer Gedanke, über den man sinnieren oder meditieren kann, ist: »Von Geld kann man nicht leben, man lebt immer von der Arbeit anderer Menschen.« Je mehr Menschen bei Renditeansprüchen bescheidener werden, je mehr Menschen verantwortlich mit Geld umgehen, umso umwelt- und menschengerechter wird unsere Ökonomie werden. Darauf zu warten, dass andere oder z.B. Politiker anfangen, ist meiner Einschätzung nach nicht zielführend. Wenn immer mehr Menschen immer menschlicher denken, wird dies auch Eingang ins »System« finden. Unmenschlichkeit beginnt immer im Denken oder im Herzen von Einzelnen. Saint-Exupéry sagte in seinem Büchlein vom kleinen Prinzen: »Das Wesentliche ist für die Augen unsichtbar. Man sieht nur mit dem Herzen gut.« Solche Ansätze führen in eine menschliche Zukunft.

BB: Was halten Sie von der Wiedereinführung der Vermögensteuer? Kann z.B. die von der Partei Die Linke geforderte Millionärsteuer von 5% Abhilfe schaffen?

ChK: Ja. Eine Erhöhung der Einkommensteuer reicht nicht. Wir brauchen eine echte, an Marktwerten orientierte Vermögensteuer. Über die Höhe kann man diskutieren, auch über die Freibeträge, die es auf jeden Fall geben sollte. Politisch wäre das der beste Weg. Die Vermögen der deutschen privaten Haushalte betragen über 11 Billionen Euro. Bei einer Vermögensteuer von z.B. 3% pro Jahr könnten in Deutschland, selbst nach Berücksichtigung von Freibeträgen, leicht über 100 Mio. Euro pro Jahr fließen. Dieses Geld könnte man dazu verwenden, die Sozialbeiträge zu senken, z.B. die Rentenbeiträge von 19 auf 10%. Dann hätten wir statt einer Krise einen Boom und eine deutliche Zunahme von Arbeitsplätzen, statt Zunahme von Arbeitslosigkeit.

Das gilt auch für Griechenland oder Spanien. Die Krise dort wäre ökonomisch gesehen im Prinzip sehr einfach zu überwinden. Aber man tut heute das genaue Gegenteil in den Krisenländern: Man erhöht die Steuern auf die Einnahmen oder Ausgaben der einfachen Menschen, um die Zinsen, Dividenden und Bodenrenten der Vermögenden zu

sichern. Eine perverse »Krisenpolitik«, die vom IWF und anderen verordnet wird, die das genaue Gegenteil dessen bewirkt, was sie behauptet. Dies als ein Beispiel für die oben erwähnte tiefe Unehrlichkeit.

BB: Wir sind uns darin einig, dass es – nach Peter Kafka – kein »Naturrecht auf Einkommen aus Eigentum« geben darf?

ChK: Ja.

BB: Was würden Sie denn vorschlagen, um die leistungslosen Einkommen aus Bodeneigentum zu neutralisieren?

ChK: Das gleiche: Eine Vermögensteuer von beispielsweise 3% pro Jahr auf den Marktwert von Boden, der nicht selbst bearbeitet wird, und Immobilien, die nicht selbst bewohnt werden. Also nicht der Landwirt, der seinen Boden bebaut, wird besteuert, sondern nur derjenige, der Ländereien verpachtet. Nicht der Häuslebauer, der sein eigenes Haus bewohnt, wird besteuert, sondern der große Immobilieneigentümer, der lediglich Bodenrente erhält.

Man könnte auch mit Freibeträgen von vielleicht 0,5 bis 3 Mio. Euro Marktwert pro Mensch arbeiten, ab denen erst eine Vermögensteuer zu entrichten ist. Da der nicht selbst bewohnte Grund und Boden in Deutschland in Händen von etwa 11% der Bevölkerung ist, müssten einer solchen Steuer bei einer demokratischen Abstimmung eigentlich 89% aller Mitbürger zustimmen. Aber interessanterweise kommt es zu keiner solchen Abstimmung oder breiteren Aufklärung zu diesem Thema bei uns.

BB: Im Geldbereich plädiert die INWO für eine Umlaufsicherungsgebühr auf Liquidität. Was halten Sie von der Idee?

ChK: Sie ist gut und richtig. Es gibt ein paar wirtschaftsgeschichtliche Beispiele, wie gut umlaufgesichertes Geld in Krisensituationen funktionieren kann, z.B. die Arbeitswertscheine in der österreichischen Gemeinde Wörgl 1932/33 oder die »Wära« in Mitteldeutschland und Bayern bis zum Frühjahr 1931. Beide wurden gesetzlich und unter Androhung von Staatsgewalt verboten, als die beteiligten Gemeinden florierten. Dort wurden in der Realwirtschaft äußerst erfolgreiche Modelle bewusst zerstört. Man fragt sich nur: Warum? Wer hatte davon Nutzen? Es gibt immer auch Gewinner solcher Maßnahmen. Die weitere Ausbreitung dieser für die große Mehrheit der Bevölkerung se-

gensreichen Geldmodelle, die sich damals deutlich abzeichnete – 1933 wollten hunderte Städte und Gemeinden in Österreich und Deutschland das Wörgl-Modell kopieren –, hätte langfristig zum Zerschlagen großer Geldmacht geführt. Das haben der deutsche Finanzminister Hermann Dietrich unter Reichskanzler Heinrich Brüning 1931 und die österreichische Nationalbank unter Viktor Kienböck 1933 mit Erfolg verhindert.



Christian Kreiß studierte Volkswirtschaftslehre und promovierte in München über die Große Depression 1929 bis 1932. Nach neun Jahren Berufstätigkeit als Bankier in verschiedenen Geschäftsbanken, davon sieben Jahre als Investmentbanker, unterrichtet er seit 2002 als Professor an der Hochschule Aalen Finanzierung und Wirtschaftspolitik. 2004 und 2006 hielt er an der University of Maine, USA, Master of Business Administration (MBA)-Vorlesungen über Investmentbanking. Zahlreiche Veröffentlichungen, Vorträge, Rundfunk- und Fernsehinterviews zur aktuellen Finanzkrise, geplantem Verschleiß und Wegen in eine menschengerechte Wirtschaft.

BB: Würden Sie den pragmatischen Gedanken des Citigroup-Chefökonom Willem Buiter unterstützen, der seinem Harvard-Kollegen Greg Mankiw beipflichtete und zur einfacheren Umsetzung von Silvio Gesells Idee des rostenden Geldes dazu riet, das Bargeld gleich ganz abzuschaffen und die Gebühren auf elektronischem Weg von den Konten zu erheben?

ChK: Das wäre momentan vielleicht ein etwas radikaler Weg, denn viele Menschen hängen psychisch noch an Bargeld. Aber die Grundidee ist nicht schlecht und könnte ein langfristiges Ziel sein, auf das hinarbeiten sich lohnt. ■

Überschussliquidität? – »Geldrecycling«!

Das Geldmengenwachstum übersteigt seit Jahrzehnten das Wachstum des BIP. In Deutschland etwa wächst die Menge der liquiden Zahlungsmittel, die Geldmenge M1, also Bargeld und täglich fällige Einlagen, seit Mitte der 80er Jahre sehr stark. Somit entstand Überschussliquidität.

Überschussliquidität, definiert als ein Anstieg der Geldmenge im Verhältnis zum BIP, bewirkt, dass Zahlungsmittel nicht direkt in der Realwirtschaft, d.h. für Produktion und Konsum neu produzierter Güter gebraucht werden, sondern auf Assetmärkte wandern, also dorthin, wo mit Vermögenswerten gehandelt wird. Was sind Ursachen und Folgen dieser Überschussliquidität und wie kann reagiert werden?

Ursachen

Eine Ursache von Überschussliquidität ist die Geldpolitik. Diese zielt auf richtige Versorgung der Wirtschaft mit Geld, will z.B. eine angemessene Geldmenge bereitstellen. Seit langem bewirkt aber die Geldpolitik in den USA, Japan und der EU eine höhere Geldmenge, als für Produktion und Konsum benötigt wird. Das überschüssige neue Geld fließt zu Banken und von dort eher auf Assetmärkte (z.B. für Wertpapiere oder Immobilien) als in die Realwirtschaft.

Zweitens kann auch Geld, das schon vorhanden ist und frei zwischen Realwirtschaft und Assetbereich umläuft, zu Überschussliquidität beitragen. Vermutlich fließt Geld häufiger aus der Realwirtschaft heraus als in die Realwirtschaft hinein, sammelt sich somit im Asset- bzw. Vermögensbereich an. Konsumenten in reifen Volkswirtschaften sind nämlich (Keynes zufolge) zunehmend gesättigt. Sie verwenden daraufhin ihr Einkommen zunehmend zum Sparen bzw. zum Ankauf von Assets. Insofern ist es wahrscheinlicher, dass z.B. mit Ersparnissen Immobilien oder Wertpapiere gekauft werden, als dass derartige Assets verkauft werden, um dafür z.B. Brot zu kaufen. In der Realwirtschaft entsteht eine Nachfragerücklage. Dann sehen auch Investoren dort geringere Renditen bzw. höhere Risiken als im Assetbereich. Man kann hier von »keynesianischer Unwucht im Geldumlauf« sprechen.

Bildhaft entspricht dieser »unrunde Geldumlauf« dem »Einkaufswagenumlauf« eines

Supermarkts mit Sammelstellen B vor dem Eingang und A am Parkplatz (vgl. Abb. 1). Der typische Kunde geht zu Sammelstelle B, nimmt einen Einkaufswagen, kauft ein, bezahlt, geht mit dem Wagen zum Auto, lädt aus und stellt den Einkaufswagen bei A ab. Die Wagen »reichern sich bei A an« und fehlen zunehmend bei B.

Folgen

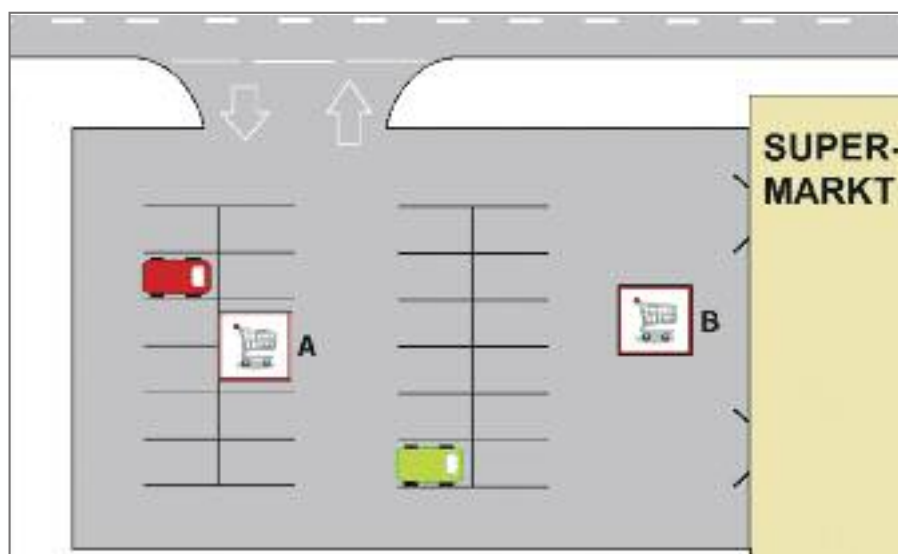
Überschussliquidität führt – bei Kreditgeldschöpfung – zu Überschussverschuldung, d.h. die Schulden wachsen schneller als der Wert der Produktion. Überschussliquidität verstärkt dann die der Kreditgeldwirtschaft wesensmäßigen Probleme der Polarisierung und Instabilität. Zudem entsteht ein tendenziell auch ökologisch negativer Wachstumsdruck. Im Einzelnen:

- Da Kredite mit Zinsen bedient werden müssen, kommt es zu Umverteilung von Kreditnehmern zu Kreditgebern. Erstere geben einen Teil der Zinskosten in den Preisen weiter (vgl. z.B. den Begriff »Mietzins«). Letztlich

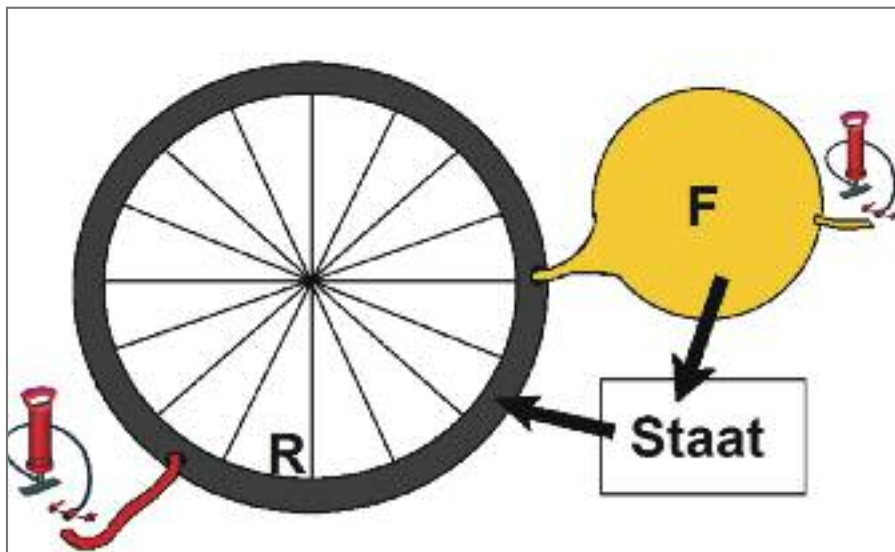
bedient somit eine Mehrheit das wachsende Kapital einer Minderheit. All dies trägt zur Vertiefung vorhandener Ungleichheit und zu Instabilität im Wirtschafts- und Finanzsystem bei. Diese Probleme sind somit zum Teil »geldgemacht« und werden durch Überschussliquidität verstärkt.

- Kreditgeldschöpfung ist Schuldenschöpfung. Auch Schuldenprobleme sind somit zum Teil »geldgemacht« und werden durch überschüssige Geldschöpfung verstärkt.
- Verwenden Unternehmen per Kredit erhaltenes Geld, so müssen sie einen Mehrwert schaffen, um den Kredit plus Zinsen zurückzahlen zu können (oder der Zins wird per Vermögenstransfer vom Kreditnehmer zum Kreditgeber bezahlt). Ein Mehrwert erfordert Wachstum, dies wiederum neues Geld. Insofern besteht real und monetär ein ökologisch problematischer und »geldbedingter« Wachstumsdruck.

Entsprechend nennt der auf dem Weltwirtschaftsforum 2013 vorgestellte Bericht »Globale Risiken 2013« (basierend auf einer Be-



Der unrunde Geldumlauf entspricht dem Einkaufswagenumlauf eines Supermarkts:
Die Wagen reichern sich bei A an und fehlen zunehmend bei B.



Die herkömmliche Geldpolitik handelt so, als wolle sie einen Fahrradreifen (Realsektor) aufpumpen, der ein Loch hat, an welchem ein Ballon hängt (Finanzsektor).

liegt und insofern nicht umläuft. Geldinhaber können der Gebühr entgehen, wenn sie etwas bezahlen, das Geld also zurück in den Umlauf geben – ohne Zinsforderung und damit ohne zinsbedingte Verteilungsprobleme. In reifen Volkswirtschaften brauchen gesättigte Geldinhaber aber eventuell keine neuen Güter und geben das Geld lieber für Immobilien oder andere Assets aus. Eine Umlaufsicherungsgebühr garantiert also nicht, dass das Geld wieder zurück in die Güterwirtschaft fließt.

Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn ruft den Geldbesitzern zu: »Renoviert euer Bad! Isoliert euer Haus!« Damit würde Geld zurück in die Realwirtschaft geschleust und zugleich etwas für die (Real-)Vermögensbildung getan. Dies ist aber nicht mehr als ein Appell.

Die keynesianische Unwucht im Geldumlauf scheint daher besser von einem aktiven Staat reparierbar. Nur so kann Geld verlässlich aus der Assetwelt wieder in die Güterwelt transferiert, d.h. bildlich: vom Ballon zurück in den Reifen gepumpt werden (vgl. Abb. 2). Der Staat kann z.B. Assets und Finanztransaktionen besteuern und mit den Einnahmen reale Aktivitäten finanzieren. Angesichts ungelöster Infrastrukturprobleme und verfehlter Sozial- und Umweltziele besteht jedenfalls erheblicher Bedarf an öffentlichen Ausgaben, die bisher mit Verweis auf Staatsschulden oft unterbleiben (z.B. Verbesserung von Bildungs-, Energie- oder Verkehrsinfrastruktur).

Dafür sind keine neuen Staatsschulden nötig. Das Geld ist in Fülle schon da und müsste nur vom Staat richtig umverteilt werden. Dabei ist u.a. eine Finanztransaktionssteuer – richtig eingeführt – optimal, da nur schwer zu umgehen und einfacher zu erheben als z.B. eine Steuer auf (Erbchaft von) Vermögen.

Fazit

Geldsteuerung per »Geldrecycling« kann in Bezug auf Umwelt- und Sozialziele mehr bewirken und auch Beschäftigungs- und Stabilitätsziele besser erreichen als stetige starke »Neugeldschöpfung«. Dies ist auch besser als rechtlich fragwürdige Vorschläge, Schulden einfach nicht zurückzuzahlen. Damit würde Überschussliquidität nicht zurückgeführt. ■



Prof. Dr. Johann Walter ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Westfälischen Hochschule in Gelsenkirchen. In den letzten Jahren beschäftigte er sich zunehmend mit Fragen der Geldordnung.

fragung von über 1.000 Experten aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zu globalen Risikopotenzialen in Wirtschaft, Umwelt, Geopolitik, Gesellschaft und Technologie) als größte globale Risiken für die Zukunft:

- die wachsende Kluft bei der Entwicklung der Einkommen,
- Trinkwasserknappheit als Folge der Klimaproblematik,
- ein Ausfall des Finanzsystems bzw. chronische Ungleichgewichte und Schuldenprobleme der öffentlichen Haushalte vieler Staaten.

All diese Probleme werden durch die bisherige »Überschussliquiditäts-Geldpolitik« verstärkt!

Herkömmliche Reaktion der Geldpolitik

Unrunde Kreisläufe bedürfen korrigierender Eingriffe. Beim Einkaufswagenlauf kann z.B. ein Mitarbeiter des Supermarktes »überschüssige« Wagen von A nach B schieben. In Bezug auf den Geldumlauf könnte die Politik entsprechend versuchen, Geld aus dem Assetbereich zurück in die Realwirtschaft zu schleusen.

Die Geldpolitik hat stattdessen im Übermaß neues Geld (oft per Kredit) geschaffen. Das ist so, als stellte der Supermarkt immer neue Wagen bei B bereit und akzeptierte einen stetig wachsenden Wagenpark bei A und als würden die neuen Wagen bei B nur geliehen und müssten »mit Zins« zurückgezahlt werden. Das würden Supermarktmanager sicher ablehnen!

Noch ein Bild: Die herkömmliche Geldpolitik handelt so, als wolle sie einen Fahrradreifen

(Realsektor) aufpumpen, der ein Loch hat, an welchem ein Ballon hängt (Finanzsektor): Der Reifen wird nicht praller (»Nullwachstum«), aber der Ballon wird größer (»Finanzblase«, vgl. Abb. 2). Noch schlimmer: Soll neues Geld über den Bankensektor in die Realwirtschaft geleitet werden, ist dies, als wolle man den Reifen »vom Ballon her« aufpumpen. In der reifen Volkswirtschaft will das Geld aber andersherum fließen. Insofern arbeitet die herkömmliche Geldpolitik gegen das »natürliche monetäre Druckgefälle« an.

Nun wird vorgeschlagen, die Geldschöpfung (teilweise) dem Staat zuzuordnen, der mit neu geschöpftem Geld reale Güter kaufen kann und damit bildlich Luft direkt in den Reifen bläst. Entsprechend könnte Bankengeldschöpfung entfallen. Damit würde zwar der Reifen an der richtigen Stelle aufgepumpt. Er hätte aber immer noch ein Loch. Der Ballon würde auch in diesem Szenario immer größer. Das Problem der Überschussliquidität bliebe bestehen!

Soll ein Geldmangel in der Realwirtschaft beseitigt werden, ist es also besser zu versuchen, aktiv Geld von A nach B zurückzubringen, statt immer neues Geld zu schöpfen, welches in der Vermögenssphäre akkumuliert und zu Polarisierung und Instabilität beiträgt. Also: Lieber existierendes Geld »recyclen«, als stetig neues Geld schaffen. Oder: Geldschöpfung zumindest um eine Steuerung des Geldumlaufs ergänzen.

Geldumlaufsteuerung

In diesem Zusammenhang wird die Erhebung einer (staatlichen) Umlaufsicherungsgebühr vorgeschlagen. Geld soll »rosten«, wenn es zurückgehalten wird bzw. auf einem Konto

Die wundersame Geldvermehrung und die Entdeckung des neutralen Geldes

Die Rolle der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes wird von den allermeisten Ökonomen kaum bis gar nicht beachtet. Jetzt gilt es, diese in den Blick zu nehmen. Dadurch entstehen neue Perspektiven, einen Ausweg aus der Krise zu finden und Geld zukunftsfähig zu machen.

Viel und lange wurde über die Idee eines »neutralen Geldes«, das allen Menschen dient, diskutiert. Angestoßen wurde die Debatte durch Silvio Gesell und Rudolf Steiner, die als Außenseiter in der Wirtschaftswissenschaft kein Gehör fanden. Später setzten sich weltberühmte Ökonomen ersten Ranges wie Irving Fisher und John Maynard Keynes mit den Ideen auseinander und bescheinigten dem Ansatz Gesells ein hohes wissenschaftliches Niveau¹ und einen praktischen Wert².

Leider hat der Mainstream der Wirtschaftswissenschaften den Traum von einer gerechten Geldordnung längst begraben. Ökonomen mit dem Schwerpunkt »Verteilungstheorie« findet man immer seltener an. Nur vereinzelt finden wir noch theoretische Analysen und anwendungsorientierte Vorschläge.

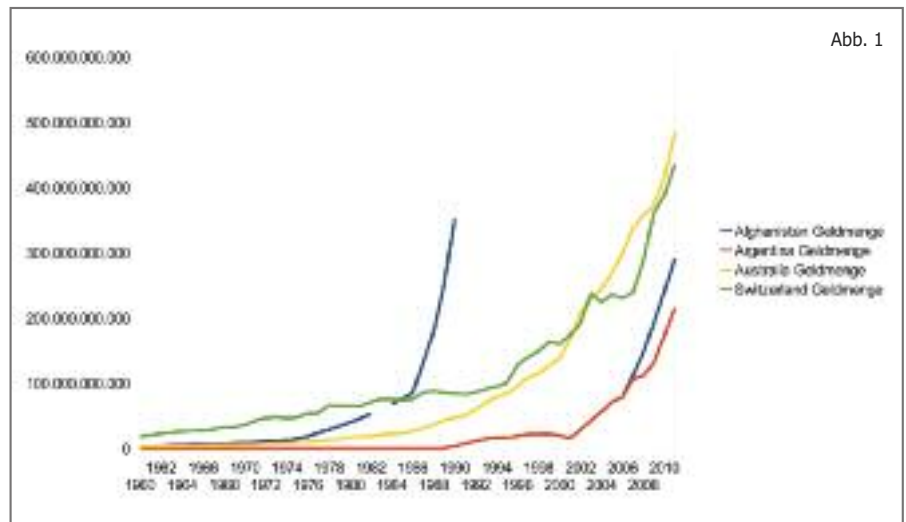
Krugmans Babysitting Co-op

Vielleicht fehlen auch nur die einfachen Worte: Paul Krugman verwendet dabei ein Beispiel eines Babysitting-Tauschrings, in dem Eltern wechselseitig anbieten, auf ihre Kinder aufzupassen. Nun tritt das Problem auf, dass im Winter viele Eltern Zeit haben und im Sommer viele Eltern lieber ausgehen. Da die Gutscheine, die im Winter gesammelt werden, aufbewahrt werden können, kommt es im Sommer zu einer sehr hohen Nachfrage, die nicht gedeckt werden kann. Krugman schreibt dazu: »Die Mitglieder müssen wissen, dass im Winter verdiente Coupons an Wert verlieren, wenn sie bis zum Sommer gehortet werden. Beispiel: Fünf Babysitting-Gutscheine schmelzen bis zum Sommer auf vier (wenn sie also nicht rechtzeitig genutzt werden). Dies schafft einen allgemeinen Anreiz, die Gutscheine bzw. Coupons eher einzusetzen, sodass sich mehr Gelegenheiten zum Babysitten bieten.

Man könnte nun versucht sein, zu sagen, dies sei doch irgendwie unfair; bedeute es denn nicht eine Art Enteignung der Ersparnisse? Dem ist entgegenzuhalten, dass die Kooperative als Ganze (und damit die Mehrzahl der Mitglieder) ja gerade nicht die Möglichkeit hat, in dieser Weise im Winter für den Sommer vorzusorgen. Folglich würde es

Geldvermehrung können wir Jahr für Jahr weltweit beobachten und in exponentiell anwachsenden Statistiken bestaunen. (Abb. 1)

Dieser Druck von mehr »Gutscheinen« ist genau das, was die Notenbanken tagtäglich praktizieren. Sie vermehren die Geldmenge, um die Wirtschaft am Laufen zu halten und zusätzlich für Wachstum zu sorgen.



dem allgemeinen Interesse zuwiderlaufen und falsche Anreize schaffen, würde man ein 1:1-Verhältnis zwischen Winter- und Sommerstunden zulassen.«³

Diese Situation lässt sich auf Tausende andere Beispiele des alltäglichen Wirtschaftslebens übertragen. Krugman zeigt hier sehr schlüssig, dass eine Gebühr auf das Transaktionsmittel dazu führt, dass ein Wirtschaftsraum als Ganzes davon profitiert. Leider führt er diesen Gedankengang nicht konsequent zu Ende und schlägt stattdessen eine »kontrollierte Inflation« in Form eines Drucks von mehr Gutscheinen vor. Diese wundersame

Diese Schlussfolgerung, die im Prinzip von fast allen Ökonomen geteilt wird, ist leider nicht so schlüssig, wie sie sein könnte: Anstatt mehr Gutscheine zu drucken, könnte genau das getan werden, wovon Krugman im Beispiel spricht, und zwar könnten die Transaktionsmittelbesitzer über eine Regel dazu gebracht werden, einen Teil der vorhandenen Transaktionsmittel an die Gemeinschaft abzugeben.

Mankiws Lotterie

Der Harvard-Ökonom Gregory Mankiw bietet hierzu einen unkonventionellen Vorschlag an⁴: In einer Lotterie könnte festgelegt werden, welche Transaktionsmittel weiter gültig bleiben und welche nicht. Am Beispiel von Dollarnoten veranschaulicht Mankiw, wie die letzte Ziffer der Seriennummer für die Auslosung verwendet werden könnte. Wird eine 2 gezogen, könnten alle Dollarnoten mit der

1 vgl. Fisher, Irving: Stamp Scrip, New York, 1933.

2 vgl. Keynes, John Maynard: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin, 2002. S. 302

3 vgl. Krugman, Paul: Die große Rezession – Was zu tun ist, damit die Weltwirtschaft nicht kippt, München, 2001, S. 110

4 Mankiw, Gregory: It May Be Time for the Fed to Go Negative, in: New York Times vom 18.4.2009 <http://www.nytimes.com/2009/04/19/business/economy/19view.html>

Endziffer 2 einem Wertverlust von 10 Prozent unterliegen. Mankiw bringt mit dieser Idee eines seiner Studenten die Ansätze von Silvio Gesell in die aktuelle ökonomische Diskussion ein. Mankiw plädiert auch deswegen für die Idee, weil allein das Wissen um die Auslösung ausreichen könnte, um über längere Zeiträume eine hohe Umlaufgeschwindigkeit zu erreichen.

Von vielen Ökonomen wird argumentiert, dass es heute so etwas wie eine Geldhortung gar nicht mehr gäbe bzw. dass diese volkswirtschaftlich nicht relevant sei. Dazu hilft ein Blick auf die empirischen Tatsachen: (Abb. 2)

Tatsächlich lässt sich weltweit ein Absinken der Umlaufgeschwindigkeit beobachten. Bis zum Jahr 2005 bildeten die USA eine Ausnahme mit einer stabilen Umlaufgeschwindigkeit zwischen 1960 und 1990 und daraufhin sogar mit einer ansteigenden Umlaufgeschwindigkeit. Ab 2005 erfolgte jedoch ein starkes Absinken der Umlaufgeschwindigkeit.

Die wundersame Geldvermehrung

Volkswirtschaftlich wurde dieses Absinken nur deshalb kein Desaster, weil über Jahrzehnte massiv Notenbankgeld in die Märkte gepumpt wurde. Kurzfristig macht es keinen Unterschied, ob die Umlaufgeschwindigkeit hoch ist und die Geldmenge niedrig oder umgekehrt. Qualitativ besteht allerdings ein sehr großer Unterschied, denn eine hohe Geldmenge kann nicht einfach zum Verschwinden gebracht werden. Das ist genauso schwierig, wie Zahnpasta in eine Tube hineinzudrücken, nachdem man sie vorher rausgedrückt hat.

Das Hauptproblem besteht darin, dass eine extrem niedrige Umlaufgeschwindigkeit enorme Systemrisiken in sich birgt, denn potenziell kann Geld immer auch schnell umfließen. Wenn also die Geldmenge in Japan mittlerweile höher ist als die gesamte Wirtschaftsleistung, dann ist Vorsicht angesagt. (Abb. 3)

Man stelle sich vor, dass die Umlaufgeschwindigkeit von eins auf zwei anspringt, dann hät-



Abb. 2

»Kurzfristig macht es keinen Unterschied, ob die Umlaufgeschwindigkeit hoch ist und die Geldmenge niedrig oder umgekehrt. Qualitativ besteht allerdings ein sehr großer Unterschied.«

ten wir es in Japan mit einer hohen Inflation zu tun, die sofort eine weitere Beschleunigung auslösen würde. Dieser Teufelskreis würde in einer Hyperinflation enden. Es wird also höchste Zeit, die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes in den Blick zu nehmen.

Erfolgreiche Beispiele übertragen

Für die Umsetzung empfiehlt es sich, Feldversuche zu praktizieren und die erfolgreichen Beispiele ins Große zu übertragen. Für viele Menschen im Chiemgau ist neutrales Geld bereits eine Selbstverständlichkeit geworden, allerdings kann von einer »Wettbewerbsgleichheit« mit dem Euro keine Rede sein. Erst wenn Regiogelder eine gesetzliche Grundlage bekämen und auch in Kommunen und beim Staat gleichwertig eingesetzt würden, könnten die Modelle verglichen werden.

In einem früheren Beitrag des Autors wurde bereits ein Parallelgeld für Griechenland nach dem Vorbild des Chiemgauer vorgeschlagen, um die Vorzüge eines umlaufgesicherten Geldsystems aufzeigen zu können (siehe Ausgaben März und Juni 2012). Das Interesse in Griechenland ist seit der Veröffentlichung der Vorschläge gestiegen. Die Umsetzung in Kommunen wird bereits diskutiert und es gibt auch schon erste Versuche von Komplementärwährungen wie z. B. den Karetai auf Kreta, der nach dem Vorbild des Chiemgauer gestartet wurde.

Die den Grafiken zugrunde liegenden Zahlen stammen von der Weltbank: <http://data.worldbank.org>.

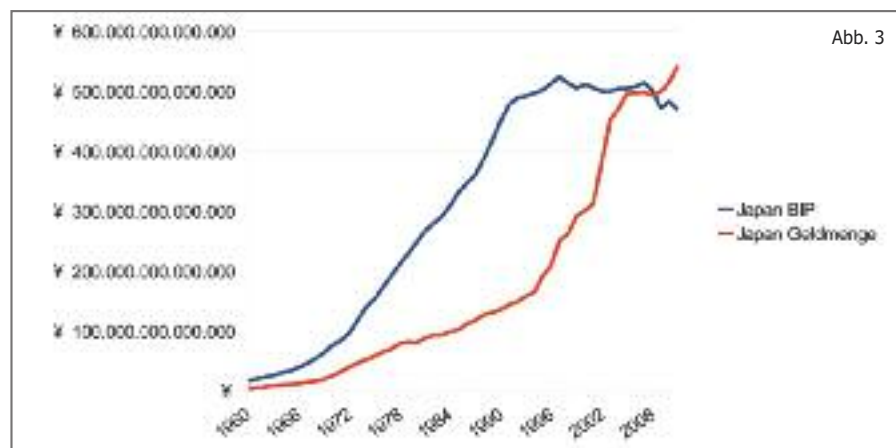


Abb. 3



Christian Gelleri, geb. 1973, ist ausgebildeter Diplom-Handelslehrer und Diplom-Betriebswirt. Als Initiator der Regiogeld Chiemgauer hat er die Verbreitung von Regiogeldern in Deutschland maßgeblich geprägt. Als Gründungsvorstand des Regiogeldverbandes verfügt er über ein breites Wissen zu Stand und Perspektiven des Regiogeldes.

Konsens jenseits der Wachstumsfixierung? Verspielte Chancen

Die Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« des Deutschen Bundestages wird im April ihre Ergebnisse vorlegen. Doch schon jetzt steht fest: Die Chance, Diskussionen um ein neues Wohlstandsmodell zu entfachen, wurde verspielt. Auch Sachverständige der Kommission schätzen die Resultate der gut zweijährigen Kommissionarbeit eher skeptisch ein.

Nicht nur in Deutschland, auch in anderen Industriestaaten gibt es eine Debatte darüber, ob die Orientierung auf das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) ausreicht, um Wohlstand, Lebensqualität und gesellschaftlichen Fortschritt angemessen abzubilden«, hieß es im Antrag zur Einsetzung der Kommission. Mit dieser Institution verfügt das Parlament über ein Instrument, parteiübergreifend und über die Tagespolitik hinaus zukunftsweisende Themen intensiv zu bearbeiten und Empfehlungen abzugeben. Wenn das funktioniert, können neue Konsense und eine breite Basis für reformorientierte Politik vorbereitet oder zumindest mit der notwendigen analytischen Tiefe die tiefer liegenden Gründe für Differenzen in der politischen Auseinandersetzung deutlich werden.

»Wachstum, Wachstum, Wachstum«

Die Ergebnisse der zu Ende gehenden Enquete sind ambivalent und tendenziell als ent-

täuschend einzuschätzen. Die Wirtschaftskrise führt zu dem paradoxen Sachverhalt, dass die drei Kernforderungen »Wachstum, Wachstum, Wachstum« lauten. Gleichzeitig weitet sich in der Bevölkerung, Öffentlichkeit und Wissenschaft eine Debatte aus, die aus ökologischen, sozialen und ökonomischen Gründen die einseitige Orientierung am Wirtschaftswachstum hinterfragt.

Doch die wenigen tonangebenden Abgeordneten und Sachverständigen im Lager von Union und FDP hatten wenig Interesse daran, neue Anstöße zu geben. Das Modell Deutschland und die Wachstumsfixierung sollten nicht infrage gestellt werden. Eine intensive Diskussion über die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise oder gar der multiplen Krise wurde weitgehend unterbunden. Der seitens der Unions- und FDP-Mitglieder formulierte Bericht zum »Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft« wurde von der Wirtschaftswoche (5.2.2013) zu Recht als »geistlos« und »Zeugnis der intellektuellen Leere« kritisiert, da schlicht darauf insis-

tiert wird, dass es so weitergehen soll wie bisher. In einer Projektgruppe zum Thema Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch verweigerten sich die Mitglieder der Koalitionsparteien schlicht der Ausarbeitung von – so kontrovers wie auch immer formulierten – Handlungsoptionen. Hinzu kam die politisch »übliche« Parzellie-

»Die Wirtschaftskrise führt zu dem paradoxen Sachverhalt, dass die drei Kernforderungen »Wachstum, Wachstum, Wachstum« lauten.«

rung der Krisendimensionen: Eine Projektgruppe befasste sich mit der ökologischen Krise, eine andere mit der Wirtschafts- und Finanzkrise, eine weitere mit der Krise der Arbeitsgesellschaft. Die Verbindungen wurden kaum hergestellt – es war zu wenig gewollt. Hier hätte Neues und die Politik Anstoßendes entstehen können.

Unter Ausschluss der Zivilgesellschaft

Die Kommission hat zudem nicht den Mut aufgebracht, einen breiten Wohlstandsbegriff zu formulieren. Es dominierten die Ökonomen, für die Wohlstand identisch ist mit den für den Markt produzierten und konsumierten Waren.

Fragen der Suffizienz – also des »Was ist genug?« – an Unternehmen, Staat und Menschen, damit verbunden ethische Aspekte, aber auch die Berücksichtigung anderer Tätigkeiten als jene der Erwerbsarbeit, wie Sorge- oder Freiwilligenarbeit, hatten es schwer. Das hat eben nichts mit Wachstum zu tun – aber viel mit Wohlstand.



Klausurtagung der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität. Gruppenfoto aller Mitglieder des Ausschusses des Deutschen Bundestages.

Besonders bemerkenswert ist, dass die Kommission glaubte, weitgehend auf die Erfahrungen und Perspektiven der Zivilgesellschaft verzichten zu können. Ganz wenige VertreterInnen wurden aus diesem Spektrum eingeladen. Staatliche Politik, Wirtschaftsvertreter, akademische Wissenschaft und einige wenige Großverbände blieben unter sich. Der neugierige Blick an die Ränder der gesellschaftlichen Entwicklung und Debatten wurde kaum gewagt. Feministische Positionen mit ihrer Kritik an Markt und Wachstum wurden zwar auf starken öffentlichen Druck hin formuliert, aber von vielen auch ignoriert.

Aus einer politisch progressiven Perspektive können jedoch auch produktive Aspekte festgehalten werden. Zum einen ist der Oppositionsbericht zum Stellenwert von Wachstum – trotz blinder Flecken wie das weitgehende Ignorieren der feministischen Diskussion – ein gutes Kompendium der aktuellen keynesianischen Debatten um alternative Wirtschaftspolitik. Zudem gelang es, zwischen den Oppositionsparteien Gemeinsamkeiten zu erarbeiten. Der Begriff der sozial-ökologischen Transformation könnte sich als tragfähige Orientierung zwischen den Oppositionsparteien etablieren und damit Differenzen zu den inkrementellen Politikansätzen der Regierungsidee unterstreichen.

Für »Outsider« im politischen Geschäft war interessant zu beobachten, wie stark in den Auseinandersetzungen »Markt« mit »rechts« und »Staat« mit »links« verknüpft wurde. Dabei geht es nicht um Ausschließlichkeit, aber um klare Schwerpunkte. Damit wird jedoch linke Staatskritik schwierig, man wird fast zu den Liberalen sortiert, wenn der Staat nicht als marktkorrigierende Instanz verstanden wird. Wenig berücksichtigt wird dann: Der Staat ist in vielen Fragen Teil des Problems.

Blinde Flecken statt Alternativen

Im Themenbereich »Weltwirtschaft und Entwicklung« bestehen wichtige blinde Flecken, die Ausdruck der gesellschaftspolitischen Diskussionen sind: Die Zwänge des Weltmarktes und der globalen Konkurrenz(-fähigkeit) bleiben unhinterfragt. Es geht um unterschiedliche Strategien, aber das Nadelöhr ist die Sicherung des Standortes Deutschland. Dabei wird angenommen, dass in einem Land übergreifend alle gesellschaftlichen Gruppen (Klassen, Geschlechter, rassifizierte Menschen) daran ein Interesse haben. Dass kapitalistische Konkurrenz selbst Herrschafts-, Disziplinierungs- und Unterordnungsverhältnisse konstituiert, bleibt ausgespart.

Menschen und Gesellschaften des globalen Südens – insbesondere in den Schwellenländern – werden als solche gesehen, die unbedingt Erfolg im globalen Wettbewerb wollen und »uns« vielleicht bald überholen. Das



Mehr, mehr, mehr ... Lebensqualität?

schränkt die Korridore von Alternativen ein: etwa eine stärkere Regulierung des Weltmarktes, Prinzipien der Solidarität statt unbedingter Konkurrenz, eine Aufwertung nicht-marktförmiger und nicht-kapitalistischer Wirtschaftsaktivitäten sowie die ganz unromantisch, sondern demokratisch zu stellende Frage der Subsistenz.

Was wird von den Ergebnissen der Kommission bleiben?

In der interessierten Öffentlichkeit könnte die Erschöpfung des Problembewusstseins der herrschenden Kräfte deutlicher als bisher gesehen werden. Das gilt zwar nicht überall: In einer Arbeitsgruppe zu Arbeit, Konsum und Lebensstilen wird kontrovers, aber auf der Höhe der Zeit progressiver und konservativer Positionen diskutiert.

Dennoch könnte die Einschätzung der »Wirtschaftswoche« sich als richtig erweisen, dass nämlich Union und FDP die Intellektuellen ab-

handenkommen, die Probleme in ihrer Komplexität erkennen und formulieren. Die Enquete-Kommission wäre hierfür ein Indikator. Ein Beispiel: Meinhard Miegel, ein scharfer und problemorientierter konservativer Denker, wurde weitgehend kaltgestellt von den neoliberalen Apologeten des angeblich gut funktionierenden Modells Deutschland – und nicht nur er, sondern auch andere von Union und FDP berufene Sachverständige, insbesondere Experten in Fragen Nachhaltigkeit.

Auf Oppositionsseite gab es ein weit größeres Problembewusstsein. Und es wurde deutlich, dass Politik – in einer Enquetekommission ist das ja nicht Realpolitik, sondern Analyse und Vorschläge – auch mit Wertschätzung und Vertrauen zusammenhängt und durchaus etwas ermöglichen kann. Das scheint wichtig in Zeiten, in denen rot-rot-grünes Crossover sowie intensive Interaktion mit progressiven zivilgesellschaftlichen Akteuren eher schwierig sind. Wir sollten aber nicht vergessen: In allen Oppositionsparteien dominieren Realpolitik und Parteienkonkurrenz. Zur breiten Unterstützung sozial-ökologischer Transformation als Projekt ist es noch ein weiter Weg. Doch, wie gesagt, eine der Aufgaben von Enquete-Kommissionen besteht in der Vorbereitung neuer Konsense. ■

»Gleichzeitig weitet sich in der Bevölkerung, Öffentlichkeit und Wissenschaft eine Debatte aus, die aus ökologischen, sozialen und ökonomischen Gründen die einseitige Orientierung am Wirtschaftswachstum hinterfragt.«

Dr. Ulrich Brand ist Professor für Internationale Politik an der Universität Wien und wurde von der Bundestagsfraktion Die Linke in die Enquetekommission berufen. Er ist darüber hinaus Mitglied im Institut Solidarische Moderne und derzeit Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Dr. Hans Thie ist Referent für Wirtschaftspolitik der Bundestagsfraktion Die Linke, an deren Sondervotum er maßgeblich mitgewirkt hat.

Der Beitrag erschien zuerst im Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung (www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org).

Ökonomie als die Kunst, das Beste aus unserem Leben zu machen

Die vierte von attac und Publik-Forum im Katholisch-Sozialen Institut in Bad Honnef veranstaltete Finanzmarkttagung brachte vom 22. – 24. Februar gut 100 Besucher, von denen offenbar relativ viele wirtschafts-fachlich qualifiziert waren, mit neun Referenten zusammen. Ein Bericht vom INWO-Vorsitzenden Vlado Plaga.

Kurzfristig hatten Prof. Max Otte und Prof. Rudolf Hickel abgesagt – dafür waren Peter Wahl und ein Abgeordneter aus den Niederlanden eingesprungen. Am Freitag eröffnete Prof. Klaus Dörre, Gründungsmitglied des Instituts Solidarische Moderne die Tagung mit »Warum Reformen?«, einer Betrachtung des Status Quo der Finanzmärkte, des Kapitalismus insgesamt sogar. Er betonte, dass die ökonomisch-ökologische Doppelkrise keinesfalls vorbei sei. Während Neo-Klassiker und Keynesianer sich einig seien, dass wir stets Wirtschaftswachstum benötigten, sieht Dörre darin einen »Treiber der Krise«.

Zweiter Referent war Dr. Wolfgang Kessler, Wirtschaftswissenschaftler und Chefredakteur von Publik-Forum mit »Wer rettet den Euro vor seinen Rettern?« Er bezeichnete, Herta Däubler-Gmelin zitierend, den Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM als

haltung sprach, kommentierte Sven Giegold dies mit: »Ich bin die Abendunterhaltung.« Die Wirtschaftswissenschaften bezeichnete er als *déformation professionnelle* (etwa: »Betriebsblindheit«): Ökonomen seien mittlerweile die einzigen, die keine stärkere Regulierung der Finanzmärkte wollten.

Den Samstag eröffnete Prof. Dr. Helge Peukert mit »Die fragwürdigen Theorien der Ökonomen«. Der heutige Sozialstaat kaschiere in Deutschland, dass innerhalb weniger Jahre die Staatsverschuldung von 60 auf 80% des Bruttoinlandsprodukts gestiegen ist. Peukerts Vortragsstil erinnerte mich an den von Prof. Dr. Dirk Lohr. Auch ihre Analysen gleichen sich zumindest teilweise (Stichwort »Asset-Preis-Inflation«). Ich habe daher die Hoffnung, dass auch Helge Peukert die freiwirtschaftlichen Vorschläge zumindest in sein »Mosaik der Zukunft« aufnimmt, welches als Abschlussbild zahlreiche Alternativ-Konzepte zumindest

risierung der Gesellschaft seien: Erlassjahre mit Schuldenerlass alle sieben Jahre und Jubeljahre mit Neu-Verteilung allen Landes alle 50 Jahre. Kessler nannte selbst die beste-hende Forderung nach einer zinsfreien Wirtschaft mit negativem Zins auf gehortetes Geld, doch Peukert antwortete, er wisse nicht, wie das gehen könne. Ich konnte ihn dafür gewinnen, das Faltblatt unserer Perspektiventagung, auf der dies überzeugend erklärt werden sollte, mitzunehmen.

Aus Mathias Binswangers informativem Abendvortrag »Die Tretmühlen des Glücks« stammt das Zitat über Ökonomie, das den Titel dieses Artikels bildet. Binswanger nannte George Bernard Shaw als Quelle.

Am Sonntag erkannte Peter Wahl in »Five Years After: Finanzmarktreformen in Europa« als Ursache für die offensichtliche Reformschwäche der EU unter anderem das Ausblenden struktureller Hintergründe. Allerdings sieht er die zunehmende Liberalisierung der Finanzmärkte als Hauptursache dieser Probleme. Er nannte als den Zeitraum der Fehlentwicklungen, die zur heutigen Krise führen mussten, eine Spanne von 30 Jahren, etwa nach dem Ende von Bretton Woods. Auf meinen Einwand, dass die zunehmende Konzentration der Vermögen in Deutschland schon nach der DM-Einführung begonnen hätte, erwiderte er, dass dies bloß die allgemeine Tendenz im Kapitalismus sei, seit hundert Jahren. Als Ursache auch der von ihm kritisierten Liberalisierung sieht er diese »allgemeine Tendenz« offenbar nicht.

Als nächstes stellte die Vollzeitaktivistin Jutta Sundermann – mit zahlreichen guten Bildern illustriert – vier ausgewählte Attac-Projekte des letzten Jahres vor: gegen Nahrungsmittelspekulation, Blockupy, Umfairteilen und Bankenwechsel. Über die drei letzteren und ihre Unterstützung durch die INWO wissen regelmäßige Fairconomy-(Newsletter-)Leser ja schon Bescheid.

Zum Abschluss gab es nochmal ein doppelt besetztes Podium, auf dem Jutta Sundermann und Peter Wahl vor allem strategische Fragen erörterten. So seien aus dem schwieri-



Jutta Sundermann stellte im KSI Attac-Projekte des letzten Jahres vor.

»Monster außerhalb jeder demokratischen Kontrolle«.

Etwa von 20 bis 22 Uhr beendete der Europaparlamentarier Sven Giegold den Vortragsabend mit seinem »Jahresbericht aus Brüssel«. Trotz der vorgerückten Stunde konnte er mit klarer Sprache und kleinen Anekdoten die Zuhörer für Details zu SEPA, LIBOR usw. gewinnen. Als der Moderator vom bevorstehenden Übergang zur Abendunter-

nannte: Transition Town, Slow Food, Mone-tative, Regionalgeld, japanisches Pflegemodell, Gemeinwohlökonomie, Occupy ...

Im Anschluss führten Kessler und Peukert einen Dialog, in dem viele Aspekte auch der freiwirtschaftlichen Problemanalyse vorkamen. So nannten sie klar das parallele Wachstum von Schulden und Guthaben. Die »traditionellen« Maßnahmen zum Umgang mit der daraus folgenden immer weiteren Pola-

gen Finanzmarktkomplex ein oder zwei Elemente auszuwählen, die Mobilisierungspotenzial haben.



Vlado Plaga, Jahrgang 1980, unterstützt seit Herbst 2011 den INWO-Vorstand und wurde bei der Mitgliederversammlung 2012 nachgewählt, um diesen zu komplettieren. Mit dem Ziel angetreten, die INWO besser mit anderen Organisationen zu vernetzen, hat das Grünen-, DFG-VK- und GEW-Mitglied in seinem ersten Vorstandsjahr u.a. bei »Occupy Union« (GEW-Bundesjugendkongress), der Akademie Solidarische Ökonomie und der hier beschriebenen Finanzmarkttagung INWO-Positionen eingebracht.

Nicht vergessen!

Mitgliederversammlung der INWO Deutschland

im Anschluss an die Perspektiventagung

am Sonntag, den 17. März 2013
in der VHS Essen

Nutznieß und Lastesel der deutschen Energiepolitik

Mitten in der verschneiten Eifel, in einem kleinen Dorf unweit Gerolstein, in einem privaten Veranstaltungsraum, der früher eine Schule beherbergte, versammelten sich am Freitag, den 18. Januar 2013 über fünfzig Gäste, um den Vortrag von Prof. Dr. Dirk Löhr (früherer INWO-Vorsitzender) zum Thema Energiepolitik zu hören. Er war in der örtlichen Presse und über Mailverteiler breit angekündigt worden unter dem Titel: »Die Kosten der Anderen – Nutznießer und Lastesel der deutschen Energiepolitik«.

Es war eine gemeinsame Veranstaltung von www.faberludens.de, www.Sturm-im-Wald.de und www.INWO.de. Als Vorspann wurde die DVD von Andrea Bleil an die Wand gebeamt, eine schöne Einstimmung auf die Geldproblematik. Dann stellte Dirk Löhr die INWO-Mitglieder Alexander Schmid und Gudrun Müller, die Initiatorin der Veranstaltung, vor. Dem Hinweis auf das Infomaterial der INWO und die ausliegende Interessentenliste folgten zahlreiche Teilnehmer des Abends.

Seinen Vortrag begann Löhr mit einem »Exkurs« in die Welt unseres Geldsystems und kam dann zu dem angekündigten Thema Energiepolitik. Er zeigte auf, dass durch die herkömmliche Energiepolitik wie auch im Zuge der Energiewende gut organisierten Gruppen Übergewinne zugeschustert werden, und zwar auf Kosten der schlecht organisierten Allgemeinheit. Die Konsequenzen bestehen nicht nur in sozialen Schieflagen, sondern auch in Unwirtschaftlichkeiten und einer Planung, die sich ebenfalls nur an kapitalstar-

ken Investoren orientiert (z.B. beim Netzausbau).

Löhr nahm sachkundig und kritisch die kapitalintensiven Großtechnologien und ihre Fehlsubventionierung im Bereich der Erneuerbaren Energien unter die Lupe, erwähnte die Bodenproblematik, die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, die Abwälzung der Kosten auf die Allgemeinheit und viele weitere heiße Eisen.

Bei der anschließenden Diskussion konnte man breite Zustimmung und viel Verständnis heraushören. Weitere Vorträge aus dem Bereich der Geld- und Bodenreform sind für dieses Jahr geplant. Das interessierte und aufgeschlossene Publikum dafür ist vorhanden!

Gudrun Müller

Warum ich in der INWO aktiv bin ...



Als Krankenpfleger auf einer Intensivstation frage ich mich immer wieder: Wie pervers ist das eigentlich, mit der Behandlung von Menschen Gewinne zu erzielen, sich über Wachstum im Konzern zu freuen und natürlich ganz persönlich auch über die alljährliche Erfolgsbeteiligung. Oder ich spreche mit Landpächtern aus der Lausitz über die exorbitant steigenden Landpreise, die in keinem Verhältnis zu einer nachvollziehbaren Wertsteigerung stehen.

Fragen tauchen auf, auf deren Beantwortung ich bis zu dem Geburtstag warten musste, an dem mir ein lieber Freund Margrit Kennedys »Geld ohne Zinsen und Inflation« schenkte, ein Buch so griffig wie ein-(er-)leuchtend. Obwohl ich als Kassenwart einer Partei ständig bewusst mit Geld umgehe, hatte ich darüber, was

es im Kern ist und wie es besser sein könnte, noch nie nachgedacht. Dass jemand das Zinssystem völlig in Frage stellt und damit eine mögliche Antwort auf unsere schwierigsten Probleme wie Landgrabbing, Gentrifizierung in unseren Städten, Umweltzerstörung durch erbarmungslosen Rohstoffhunger, bis hin zum Klimawandel gibt, fasziniert mich bis heute.

Es folgte die nicht mehr ganz so griffige Lektüre der »Natürlichen Wirtschaftsordnung« von Silvio Gesell und schließlich eine herzliche Einladung, bei der INWO aktiv zu werden. Ich hoffe, irgendwo einen kleinen Beitrag leisten zu können, dass sich meine Töchter später auf der Arbeit nicht an Gewinn und Wachstum, sondern an Qualität und Zufriedenheit messen lassen dürfen. Ich freue mich auf die Perspektiventagung und viele erhellende Ausgaben der »Fairconomy«.

Stephan Gumbel



DEUTSCHLAND



SCHWEIZ

Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) und INWO Schweiz

Unterstützen Sie die BGE-Volksinitiative! Eine Unterschriftenliste finden Sie auf S. 23 der Schweizer Ausgabe.

die Arbeitskräfte dafür finden lassen. Diese Entwicklung unterstützt die INWO Schweiz, da dies für mehr Marktgerechtigkeit sorgen kann. Die Arbeitnehmer stehen nicht mehr unter dem Druck, letztlich jede Arbeit annehmen zu müssen.

Wichtig: die Finanzierungsfrage

Das BGE ist also gedacht als eine »Unterfütterung« der jetzigen Einkommenssituation unabhängig von der Erwerbssituation der Menschen. Ähnliche Systeme existieren bereits heute (Krankenkassen-Verbilligung, CO₂-Abgabe-Rückzahlung, Steuerfreibetrag, AHV usw.). Der BGE-Beitrag würde in das bestehende Einkommen »hineinwachsen«, also einen Teil ersetzen und nicht, wie teils missverständlich angenommen wird, zusätzlich ausbezahlt.

Ein besonders wichtiger Bereich des BGE ist somit die Finanzierungsfrage. Dazu gibt es diverse bereits in der Diskussion befindliche Vorschläge. Die INWO Schweiz weist in diesem Zusammenhang explizit auf die freiwirtschaftlichen Ansätze hin. Nach der Einreichung der Initiative werden die politischen Finanzierungs-Diskussionen noch stärker in den Vordergrund rücken. Die INWO Schweiz hat dazu bereits ein Positionspapier verfasst. Die Stellungnahmen der INWO Schweiz können telefonisch im INWO Schweiz Sekretariat (056 426 60 90) bestellt oder direkt im Internet auf unserer Homepage www.inwo.ch/themen (Register Grundeinkommen) gelesen werden.

Monica Gassner-Rusconi
Sekretariat INWO Schweiz

Anlässlich der 22. GV der INWO Schweiz in Bern wurden die Kernthemen für das Vereinsjahr 2012/2013 besprochen. Darunter auch die allfällige Unterstützung der Initiative für ein BGE (Bedingungsloses Grundeinkommen). Bitte beachten Sie hierzu die Argumentation (samt eigenem INWO-Finanzierungsmodell) auf unserer Homepage unter www.inwo.ch/themen. Mit überzeugender Zustimmung bei nur zwei Gegenstimmen wurde diese Unterstützung an der GV 2012 beschlossen.

Durch die Volksinitiative besteht für die INWO Schweiz die Möglichkeit, sich in die verschiedenen Diskussionen zu einzelnen Punkten der Grundeinkommens-Idee einzubringen und auf die geld- und bodenrechtlichen Ursachen heutiger Fehlentwicklungen aufmerksam zu machen: ungerechtfertigte Vermögensverteilung, soziale Missstände, Erwerbslosigkeit, Umweltzerstörung, usw. – alles Themen der INWO Schweiz.

Es entstehen Möglichkeiten, Alternativen aufzuzeigen, welche auch hinsichtlich der Finanzierung sowie der gesamtgesellschaftlichen Verwirklichung eines Grundeinkommens fruchtbar erscheinen. Das Einbringen der freiwirtschaftlichen Ideen und unserer innovativen Finanzierungsaspekte soll die Diskussion bereichern und so zu tatsächlich nachhaltigen Lösungsansätzen beitragen.

Unterschriftensammlung

Doch vorerst geht es darum, dass die Initiative zustande kommt – und es sieht gut aus! Bisher sind rund 70'000 beglaubigte Unterschriften vorhanden und das Initiativkomitee BGE würde gerne per 21. April 2013 – ein Jahr nach Start der Initiative – die 100'000 Unterschriften erreichen. Dies braucht noch viel Einsatz von allen Seiten. Deshalb drucken wir auf dem schweizerischen Hefrücken dieser Ausgabe einen Unterschriftenbogen ab. Wir sind Ihnen sehr dankbar, wenn auch Sie sowie ihr Freundes- und Bekanntenkreis den

Bogen ausfüllen und ihn so rasch wie möglich einsenden.

Das (schrittweise) Einführen eines BGE wird zu einer grösseren Entfaltung kreativer Potenziale führen. Diese Kreativität wird in vielen Fällen einer individuellen Selbstverwirklichung dienen, aber besonders auch der Befriedigung gesamtgesellschaftlicher Notwendigkeiten. Die der Gesamtgesellschaft dienenden Aktivitäten werden durch ein BGE gefördert (Kinder- und Alten-Betreuung, Kultur, Kunst, ehrenamtliche und freiwillige Tätigkeiten in den Bereichen Umweltschutz, Vereins- und Quartierarbeit, Integration usw.). Mitinitiator Daniel Häni sagt in einem Interview im Beobachter: »Das BGE soll ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Dazu gehört auch die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben.« Dies scheint uns ein wichtiger und nötiger Schritt in Richtung einer natürlichen Wirtschaftsordnung.

»Die Vollbeschäftigung ist eine veraltete Vorstellung. Die Lohnarbeit taugt nicht mehr als »Verteilschlüssel«, sagt ... Wirtschaftsethik-Professor Peter Ulrich. Ein Ziel der Wirtschaft sollte es sein, die Menschen durch (maschinelle) Rationalisierung und Produktivitätssteigerung von der Erwerbs-Arbeit zu befreien und für Sinn stiftende Aufgaben freizustellen (Gemeinwohlorientierte Wirtschaft). Unattraktive (z.B. WC-Putzen) und nicht erstrebenswerte Arbeiten (z.B. Waffenherstellung, AKW) werden demgegenüber weniger Interessierte finden. Nur bei Verbesserung der Arbeits- und Lohnbedingungen und/oder Veränderung der Arbeitsbereiche werden sich

Nicht vergessen!

23. Generalversammlung der INWO Schweiz

Am Samstag, den 27. April 2013, ab 14.00 Uhr (vorgängig gemeinsames Mittagessen auf eigene Kosten möglich) in Zürich. Traktanden und weitere Informationen werden rechtzeitig an die Mitglieder versandt und auf der Homepage aufgeschaltet.

Weitere Termine finden Sie auf unserer Homepage www.inwo.ch/termine

Vollgeldreform im Schweizer Fernsehen angekommen

Nachdem bereits der Internationale Währungsfonds (IWF) das Konzept der Vollgeldreform in einem Arbeitspapier unterstützte (siehe www.vollgeld.ch/IWF), berichtete nun am Montag, den 28. Januar 2013 das Wirtschaftsmagazin ECO auf SRF1 erstmals über die Vollgeldreform. Neben Prof. Joseph Huber, dem geistigen Vater des Vollgelds, nahm Dr. oec. Reinhold Harringer, Vorstandsmitglied des Vereins Monetäre Modernisierung (MoMo) und ehemaliger Leiter des St. Galler Finanzamts, Stellung. Die animierten Grafiken des Beitrages zeigen anschaulich die Funktionsweise des heutigen Geldsystems sowie des Vollgeld-Konzeptes. Der überparteiliche Verein MoMo bereitet derzeit eine eidgenössische Volksinitiative zur Einführung einer Vollgeldreform vor.

Das 8-minütige Video sowie den Blog-Beitrag finden Sie zum nachträglichen Anschauen unter: www.vollgeld.ch/ECO

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Systemrisiken in der Finanzbranche schonungslos offenbart. Die beschlossenen Regulierungsmassnahmen können diese Risiken lediglich entschärfen, nicht aber verhindern. Die Probleme liegen tiefer. Ein Haupttreiber der Finanzmarkt-Exzesse ist die Geldschöpfung der Geschäftsbanken: Heute werden hierzulande nur noch ca. 10% der Geldmenge durch die Schweizerische Nationalbank hergestellt. Die privaten Banken stellen hingegen ca. 90% in Form von selbst geschöpftem, elektronischem Buchgeld (Giralgeld) zur Verfügung.

Dieses Geld schaffen die Banken, indem sie Kredite vergeben, von denen sie nur einen Bruchteil durch reales Zentralbank-Geld absichern müssen (in der Schweiz beträgt die erforderliche Mindestreserve lediglich 2.5 Prozent). Dadurch nimmt die zirkulierende Geldmenge rasant zu, wie die ani-

MONETATIVE

mierte Grafik in der ECO-Sendung anschaulich darstellt. Banken können so ihre Eigengeschäfte und spekulativen Finanzprodukte selbst finanzieren, ohne auf Spargelder angewiesen zu sein. Diese »multiple Geldschöpfung« erhöht die Gefahr von Finanzblasen, die der gesamten Wirtschaft schaden. Zudem fallen die dem Staat zustehenden Profite aus der Geldschöpfung zusätzlich als private Bankengewinne an. Gerät eine Bank jedoch in Schieflage, wird sie mit Steuergeldern gerettet, wie das Beispiel UBS zeigt. Ganz nach dem Motto: »Gewinne privatisieren, Verluste verstaatlichen.«

Einfache Lösung angestrebt

»Man muss die Geldmenge wieder unter Kontrolle bringen«, fordert Joseph Huber im Beitrag von ECO. Eine Vollgeldreform würde dies nach Meinung der Initiative ermöglichen. Die

vom Verein MoMo angestrebte Volksinitiative sieht vor, dass die Geldschöpfung (Geldmengensteuerung) über eine Verfassungsänderung (Art. 99 der Bundesverfassung; Geld- und Währungspolitik) wieder ausschliesslich der Schweizer Nationalbank zugesprochen wird. So kann sie nachhaltig für Stabilität sorgen und das Geld sicher machen. Sparer müssten nicht fürchten, dass ihr Geld bei einer Bankenpleite verloren geht, da es durch die Schweizerische Nationalbank gedeckt wäre. Ferner könnte der Geldschöpfungsgewinn wieder der öffentlichen Hand zugeführt und so der Staatshaushalt saniert werden. Dies sind nur einige der Vorteile einer Vollgeldreform gegenüber dem heutigen System der privaten Banken-Geldschöpfung.



SCHWEIZ

Lydia Walter, Ehrenmitglied der INWO Schweiz, verstorben



Am 17. September 2012 ist Lydia Walter im Altersheim Ruhesitz in Beringen SH im

90. Altersjahr still eingeschlafen. Im Jahre 2001 schrieb Trudi Weinhandl (siehe r-evolution Dezember 2010) unter dem Titel »Frauen treten aus dem Schatten« einen kurzen Bericht über sie: »Lydia Walter absolvierte an der Bündner Frauenfachschule eine Ausbildung zur Handarbeitslehrerin. Dieser kreative Beruf ermöglichte ihr lebenslange Selbstständigkeit. Durch Bekannte wurde Lydia Walter auf das Bodenrecht aufmerksam. Dieses und Fragen zum Thema Geld beschäftigten sie fortan in so starkem Masse, dass sie sich in verschiedenen Organisationen mitbeteiligte. Dies, weil sie als Kind miterlebte, wie ihre Mutter (notgedrungen) drei Kinder allein durchbringen musste und dadurch in der Familie äusserst sparsam und überlegt mit dem Geld umgegangen werden musste.«

Lydia Walter wirkte mehrere Jahre als Kassierin der INWO-Regionalgruppe Schaffhau-

sen und bekundete ein hellwachtes Interesse am Geldsystem. Folgende Fragen beschäftigten sie im Speziellen:

- Weshalb kann mit Geld mehr verdient werden als mit Arbeit?
- Ist Vermögen ohne Leistung nur Buchgeld oder stehen auf der Gegenseite Schuldner?
- Wo bleiben plausible Erklärungen von Ökonomen?

Frau Lydia Walter wirkte – wie so viele Frauen ihrer Generationen – still und doch aktiv im Hintergrund. In ihrem Heimatdorf Beringen ist sie nun nach einem wohlverdienten Ruhestand verstorben. Die INWO Schweiz wird sie in ehrendem Andenken bewahren.

Monica Gassner-Rusconi

Grundsteuer: Zeitgemäß!

Eine Reform der Grundsteuer ist überfällig, da sie ungerecht ist und auf veralteten und aufwändigen Berechnungen basiert. Die Unterzeichner dieses Aufrufs, darunter auch die INWO, appellieren an die Finanzminister, zwei weitere Grundsteuer-Reformmodelle zu untersuchen, die gezielt die Bodenrente besteuern. Wir zitieren aus dem Aufruf:

Ein wirtschaftlicher Umgang mit dem knappen Gut Fläche, die innerörtliche Aktivierung von Flächen für Wohnen und Gewerbe und die Ertüchtigung des Gebäudebestands sind dauerhafte Herausforderungen in und für die Städte und Gemeinden überall in Deutschland. Der Grundsteuer könnte hierbei eine Schlüsselrolle zukommen, indem sie mit ihrer Lenkungswirkung die Bewältigung dieser Herausforderungen künftig befördert. Für die Kommunen bundesweit wäre eine zeitgemäße, weil investitionsfreundliche, sozial ausgewogene und zukunftsgerichtete Grundsteuer von großer Bedeutung.

Heutige Berechnung

Die Grundsteuer B (auf Bauland und bebauten Land) wird heute auf Basis von Einheitswerten erhoben, die auf die Jahre 1964 (West) und 1935 (Ost) zurückgehen. Niveau und Struktur der Werte sind damit gegenüber den Verkehrswerten und anderen Vermögenswerten so sehr veraltet und verzerrt, dass der Bundesfinanzhof sie für nicht mehr verfassungsgemäß hält. Auch weitere Inhalte des Grundsteuergesetzes gelten inzwischen als überholt. Eine zeitnahe Reform der Grundsteuer steht also an. Die Finanzministerien der Länder diskutieren und prüfen seit einiger Zeit drei unterschiedliche Modelle zur Reform der Grundsteuer: Eine Grundsteuer »auf der Basis von Verkehrswerten«, ermittelt anhand statistischer Verfahren; eine »vereinfachte« Grundsteuer, welche Vermögenswerte völlig ausklammern und nur noch Flächengrößen besteuern würde; schließlich eine mögliche Kombination aus den beiden vorgenannten Modellen.

Alle drei Modelle sehen jedoch wie bisher die Besteuerung sowohl von Grund und Boden als auch der aufstehenden Gebäude vor (»verbundene Bemessungsgrundlage«). Dies halten wir für nicht mehr zeitgemäß. Die Besteuerung der Gebäude entmutigt Investitionen, befördert den Landschaftsverbrauch, gefährdet den sozialen Zusammenhalt, indem sie Mieter vergleichsweise stark belastet, und ist auch noch ausgesprochen ver-

waltungsaufwändig. Für sinnvoller und unbedingt näher prüfenswert erachten wir eine Grundsteuer mit unverbundener, nur an Grund und Boden anknüpfender Bemessungsgrundlage. Die dazu erforderlichen Rohdaten (Bodenrichtwerte und Grundstücksgrößen) wurden bereits für die Verprobung der drei bisherigen Modelle erhoben und können zeitnah und mit wenig Aufwand im Hinblick auf die beiden weiteren Varianten miteinander verknüpft werden.

Grundsteuer ohne Gebäudebesteuerung

Im Einzelnen sprechen – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der langfristigen Herausforderungen Klimaschutz, demografischer Wandel sowie Sicherung von Lebensqualität und kommunalen Finanzen – folgende Gründe für eine Grundsteuer mit unverbundener, nur an Grund und Boden anknüpfende Bemessungsgrundlage:



Es gibt kein Naturrecht auf Privateigentum an Boden, geschweige denn auf Einkommen daraus!

»Eine Grundsteuer, die auch das Gebäude besteuert, bestraft regelrecht Investitionen, z.B. in die energetische Modernisierung.«

Der Gebäudebestand ist größtenteils überaltert, sowohl energetisch als auch mit Blick auf den demographischen Wandel und veränderte Nutzerbedürfnisse. Bauten aller Art und allen Alters bedürfen innerhalb ihres Lebenszyklus wiederkehrender Erneuerung. Das spart Ressourcen, bewahrt und erhöht die Zukunftsfähigkeit der Gebäude und schafft und sichert Arbeitsplätze im örtlichen Handwerk.

Knappe Flächen müssen effizient genutzt werden. Baulücken, Industriebrachen u.ä. sollen aktiviert und bevorzugt (wieder) bebaut werden. Land, das erschlossen und bebaubar ist, soll auch tatsächlich so wie von der Gemeinde geplant genutzt werden. Zusätzliche Wohnungen sollen bevorzugt zentrennah entstehen. Das alles stärkt die Ortskerne, bewahrt Natur und Landschaft vor weiterer unnötiger Zersiedlung, lastet die vorhandene Infrastruktur besser aus und schont die kommunalen Haushalte.

Beides, die periodisch erforderlichen Bestandsinvestitionen wie die effiziente Flächennutzung sind Daueraufgaben und müssen für Eigentümer attraktiver werden. Eine Grundsteuer ohne Besteuerung der aufstehenden Gebäude würde zu Investitionen ermuntern. Bereits eine entsprechend ausgestaltete, wie derzeit angestrebt aufkommensneutrale Grundsteuerreform würde in diese Richtung wirken. Demgegenüber würde eine Grundsteuer, die auch das Gebäude besteuert, Investitionen regelrecht bestrafen und staatlichen finanziellen Anreizen bspw. zur energetischen Modernisierung zuwiderlaufen.

Eine unverbundene, nur an Grund und Boden als Bemessungsgrundlage anknüpfende Grundsteuer besteuert die Bodenrente der Grundeigentümer. Das ist verfassungsrechtlich unbedenklich. Die Bodenrente entsteht zu großen Teilen erst aufgrund von Investitionen der öffentlichen Hand und somit der Allgemeinheit. Durch die Kopplung von Kosten

und Nutzen beachtet eine bodenwertbezogene Grundsteuer somit das Äquivalenzprinzip. Außerdem berücksichtigt sie in idealer Weise das Leistungsfähigkeitsprinzip und stärkt im Marktgeschehen die Position der Mieter gegenüber den Vermietern.

Der Verwaltungsaufwand zur Ermittlung und Erhebung der Grundsteuer muss sich in einem vertretbaren Rahmen halten. Jede Form der Gebäudebesteuerung, sei sie flächen- oder wertebasiert, erhöht den Aufwand (auch die Streit anfälligkeit) gegenüber einer rein bodenbasierten Besteuerung um ein Vielfaches. Ein Nebenziel der Grundsteuerreform – Verwaltungsvereinfachung – würde dadurch konterkariert.

Der Aufruf

Der vorstehende Aufruf entstand im Oktober 2012 aus einer mehrjährigen Projektpartnerschaft zwischen den erstunterzeichnenden Städten und Gemeinden und dem Naturschutzbund Deutschland e.V. im Rahmen des REFINA-Forschungsprogramms sowie in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Dirk Löhr (Hochschule Trier).

Die Unterzeichner appellieren an die Finanzministerkonferenz der Länder, die Untersu-

chung verschiedener Grundsteuer-Reformmodelle um zwei Varianten zu ergänzen, und zwar die »reine Bodenwertsteuer« und die »kombinierte Bodenwert- und Bodenflächensteuer«. Beide Varianten haben sich bereits in einem kommunalen Praxistest als vorzugswürdig herausgestellt. Eine Entscheidung über die Reform der Grundsteuer darf erst getroffen werden, nachdem auch diese beiden Varianten verprobt und mit den Verprobungsergebnissen der anderen untersuchten Varianten verglichen wurden. Appelliert wird außerdem an die kommunalen Spitzenverbände, sich gemeinsam mit den Unterzeichnern für eine umfassende Prüfung und Bewertung der zwei zusätzlichen Varianten einzusetzen. Neben Olaf Tschimpke, dem Präsidenten des Naturschutzbund Deutschland e.V., und Prof. Dr. Dirk Löhr vom Umweltcampus Birkenfeld gehören die Bürgermeister der Gemeinde Ahorn (Landkreis Coburg), der Stadt Hüfingen (Schwarzwald-Baar-Kreis), der Samtgemeinde Oberharz (Landkreis Goslar), der Samtgemeinde Barnstorf (Landkreis Diepholz), der Verbandsgemeinde Wallmerod (Westerwaldkreis) und der Universitätsstadt Tübingen zu den Erstunterzeichnern. ■

Mehr Informationen und Möglichkeit zur Unterstützung des Aufrufs unter: www.grundsteuerreform.net



Meine Perspektive

Was ist die Hauptursache der Finanzkrise?

Der internationalen Finanzkrise 2008 ging, bedingt durch die Niedrigzinspolitik der Fed, eine Immobilienblase in den USA voraus. Ähnliches passierte in Spanien und Irland. Gleichzeitig wurden (z.B. über gering kapitalisierte Zweckgesellschaften) systematisch Risiken abgewälzt und verschleiert. Als die Blase dann platzte, geriet der Geldfluss ins Stocken.

Was ist die drängendste Frage, mit der sich Ökonomen beschäftigen sollten?

Neben einer neuen Architektur der Finanzmärkte und der Geldordnung müssen auch die Eigentumsordnung, Unternehmensverfassung und die Rolle des Staates kritisch hinterfragt werden.

Was ist der wichtigste Ansatz, den wir als Ausweg aus der Krise verfolgen sollten?

Land, natürliche Ressourcen und strategische Rohstoffe dürfen nicht zu Spekulationsobjekten gemacht werden. Diese müssen über das Steuer- und Abgabensystem »entkapitalisiert« werden. Zudem darf die Unternehmensverfassung nicht zu einem Vehikel für die Externalisierung von Risiken gemacht werden. Das Geldwesen ist zu verstaatlichen, die Finanzmärkte sind zu regulieren.



Dirk Löhr

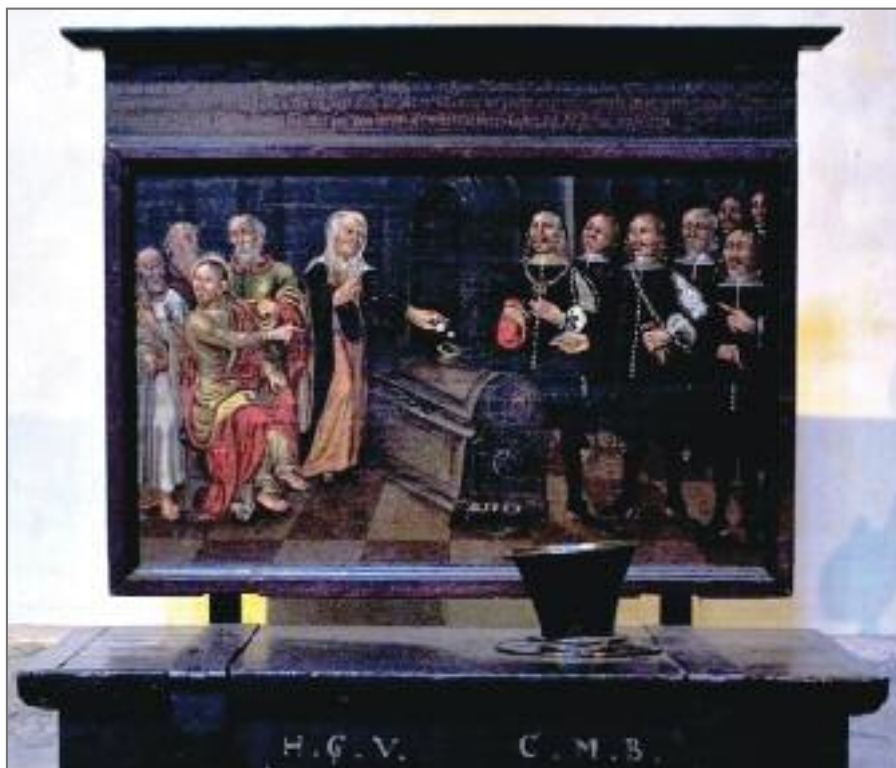
Schluss mit Landgrabbing – Ressourcengerechtigkeit jetzt!

»Wo ist die Erde? Die Erde, die unsere Hände brauchen, um unsern Hunger zu stillen? Wenige besitzen die Erde, und es sind immer weniger geworden.« Die Bodenfrage gehört neu aufgelegt.

Das einleitende Zitat stammt aus der 1911 erschienenen und 2012 wieder aufgelegten Schrift »Aufruf zum Sozialismus« von Gustav Landauer (1870-1919). Landauer war einer der wichtigsten Theoretiker und Aktivisten des Anarchismus in Deutschland. Als überzeugter Pazifist kritisierte er den Ersten Weltkrieg scharf. Er unterstützte Silvio Gesells Berufung in die Regierung der ersten Münchener Räterepublik. Nach deren gewaltsamer Niederschlagung wurde Landauer von Freikorps-Soldaten in Haft ermordet.

Boden ist Lebensgrundlage

Die Frage der Ressourcengerechtigkeit spielt in Landauers Buch – man findet es auch als Volltext im Internet – eine wichtige Rolle. Die Minderheit, in deren Händen sich der Boden befindet, »drängt es nach wirtschaftlicher und persönlicher Macht«, während »die große Masse der Menschen ... in Armut und Unsicherheit« lebt. In der Tat hat sich die Problematik seither weiter verschärft: Immer mehr Menschen (ver-)hungern und die Aneignung des Bodens, der Lebensgrundlage



Gespendet wurde schon im Mittelalter – Feudalismus und Sklaverei wurden bis heute nicht abgeschafft.

**»Aus dem
Bodeneigentum
und seinem Korrelat,
der Bodenlosigkeit,
entsteht die Sklaverei,
die Hörigkeit,
der Tribut,
die Pacht, der Zins,
das Proletariat.«
(Gustav Landauer)**

aller, durch einige wenige nimmt immer brutalere Formen an. Unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung geht es häufig weniger um die Einführung oder Sicherung demokratischer bzw. rechtsstaatlicher Strukturen als vielmehr um die Erlangung der Kontrolle über Rohstoffvorkommen. Und wem nützen schön formulierte UN-Millenniumsziele, wenn der Hunger weiter wächst und es immer noch Sklaverei gibt, zum Beispiel bei der Rohstoffförderung im Kongo (wir berichteten)? Gustav Landauer jedenfalls erkannte klar: »Aus dem Bodeneigentum und seinem Korrelat, der Bodenlosigkeit, entsteht die Sklaverei, die Hörigkeit, der Tribut, die Pacht, der Zins, das Proletariat.«

Immerhin hat eine ganze Reihe von Organisationen erkannt, dass sich mit dem Thema Landnahme, auch als »Landgrabbing« be-

zeichnet, Spenden in erheblicher Höhe trefflich einwerben lassen. Nie zuvor sah man in Deutschland so viele Zeitschriftenanzeigen sowie Großplakate im öffentlichen Raum, die auf die Bodenproblematik hinweisen. Mittels der gespendeten Gelder sollen mehr Menschen Zugang zu Ackerland erhalten. Ob es wirklich soweit kommt? In aller Regel nämlich fehlt die Forderung nach einem sozialen Bodenrecht, das allen Menschen dient. Hinweise auf dessen konkrete rechtliche Ausgestaltung sucht man ebenfalls meist vergeblich.

Unter Ausschluss der Zahlungsunfähigen

Aufgefallen ist dies auch den Machern der marxistisch orientierten Studentenzeitung »Versus«, die in ihrer Ausgabe vom Januar 2013 schlussfolgert, »die Systemnotwendig-

keit der massenhaften Mangelernährung« halte keiner für befassenswert. Die Ursache für den Hunger grundsätzlich beseitigen zu wollen, gelte als realitätsferne Spinnerei. Wörtlich heißt es weiter: »Nicht spinnert, sondern pragmatisch und konstruktiv, soll es hingehen sein, der Armut, die es »nun mal« gibt wie alles, was sonst so vom Himmel fällt, ganz konkret und persönlich entgegenzuwirken, indem man Hilfsorganisationen finanzielle Zuwendung zuteil werden lässt.«

Und weiter: »Der Glaube an das Dogma, »Mit Ihrer Spende« könne dem Hunger Einhalt geboten werden, feiert in Gestalt der Welthungerhilfe gerade 50-jähriges Jubiläum. Und es tut der Begeisterung für das Spendenwesen offenbar keinen Abbruch, dass in diesem halben Jahrhundert die Zahl derer, die von Hilfsprojekten mehr schlecht als recht über Wasser gehalten werden müssen, immer größer geworden ist und die Zahl derer, die ohne Hilfe (ver)hungern, nur unwesentlich abgenommen hat. So kann man den Ausschluss der zahlungsunfähigen Hungernden vom Lebensnotwendigen bis in alle Ewigkeit mit privater Mildtätigkeit begleiten!«

Der Grund für den Welthunger liegt »Versus« zufolge auch darin begründet, dass für die Hungernden, die über keine Kaufkraft verfügen, Essen gar nicht erst produziert wird – für Menschen mit Kaufkraft dagegen im Übermaß, möchte man noch hinzufügen.

Rückverteilung leistungsloser Einnahmen

Kaufkraft aber könnte nach der freiwirtschaftlichen Überzeugung und Forderung jedem Erdenbürger durch die jährliche Rückverteilung der Boden- und Rohstoffrenten in jeweils gleichen Teilen pro Kopf der Weltbevölkerung zufließen. Mit diesem Geld könnten sich die Hungernden Nahrungsmittel kaufen bzw. Zugang zu Ackerland verschaffen. Wie schrieb Silvio Gesell doch bereits 1906 in seinem Buch »Die Verwirklichung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag«: »Das Grundeigentum wird aufgehoben, der Boden zum Gemeingut erklärt. Dann wird der Boden für die Zwecke der Arbeit parzelliert und die Parzellen werden öffentlich verpachtet. Das Pachtgeld wandert in die gemeinsame Kasse, um von hier wieder auf alle gleichmäßig verteilt zu werden.«

Klarer kann man es nicht sagen. Die Ressourcenfrage muss bekanntlich vor der Geldfrage gelöst werden. Die NWO-Bewegung sollte sich dringend wieder mehr dem Bodenthema zuwenden. ■

Frank Bohner war von 2008 bis 2010 1. Vorsitzender der INWO.



Buchvorstellung

Helmut Creutz: Das Geldsyndrom 2012. Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung. Aktualisierte Neuauflage. Verlag Manz, Aachen 2012, 484 S., 16.80 €, ISBN 978-3-8107-0140-4

Helmut Creutz, der in diesem Jahr 90 Jahre alt wird, hat sein erstmals 1983 erschienenes Standardwerk auf den neuesten Stand gebracht. Das Taschenbuch gliedert sich in 5 Teile plus Einleitung, oder in 33 Kapitel. Die einzelnen Kapiteluntergliederungen sind vorwiegend als praxis- und erkenntnisleitende einfache und offene Fragen formuliert, die der Autor beantwortet. Das Werk ist die Summe seines Lebens als geldreformerischer Denker und kritischer Beobachter der wirtschaftlichen Entwicklung in unserem Land. Auch wenn Silvio Gesell nur an drei oder vier Stellen im Buch namentlich genannt wird, ist Helmut Creutz der wohl bedeutendste Gesellianer unserer Zeit.

Für den Leser, der die traditionelle Ökonomie nicht kennt, bleibt weitgehend unkenntlich, dass sich Helmut Creutz in einigen Punkten von der Sichtweise der Schulökonomie unterscheidet und in diesen Punkten auch von der Sichtweise zahlreicher Freiwirte abweicht. Zu nennen sind: die Bedeutung des Bargeldes für die Wirtschaft und die Wirtschaftstätigkeit sowie die Inflation, die Kritik an bzw. Verneinung der Giralgeldschöpfung, das Festhalten an der Geldwertstabilität als einer Preisniveausteigerungsrate von 0 %, statt 2 % wie bei der Bundesbank oder EZB bzw. einer noch höheren Preissteigerungsrate wie bei den Befürwortern einer »dosierten« Inflation. Für Creutz gilt: »Inflation ist Betrug am Volk«. (S. 156)

»Geradezu bedenklich ist ... der Tatbestand, dass selbst die demokratischen Staaten, die ansonsten Gewalt, Ausbeutung und Betrug



im Kleinen verfolgen, die größten denkbaren Formen dieser Verbrechen immer noch als legitim betrachten« (ebenda), gemeint sind: Zins und Inflation, die direkt mit Geld und Kapital zu tun haben, sowie Krieg, der damit indirekt zu tun hat.

Stärker als die Voraufagen ist dies ein Buch aus einem Guss. Aber die Lektüre stellt an den Leser die Anforderung, den begangenen Weg mitzugehen. Der Versuchung einer leichten Kost für den Leser und der Hervorhebung aktueller Krisenerscheinungen widersteht Creutz. Auch wenn vieles, wovon berichtet wird, den Leser empört oder zu empören geeignet ist, bleibt Creutz bewundernswert sachlich.

An einer Stelle wird für die Geld(mengen)politik das Erfordernis von Ofen und Notenpresse als einfachste Hilfsmittel herausgestellt, aber diese Forderung nicht bereits Silvio Gesell zugeschrieben.

Verdienstvoll ist bei Helmut Creutz die statistisch-empirische Arbeit, bei der kein anderer lebender Vertreter der Freiwirtschaftslehre mithalten kann. Auf eine Inhaltsangabe soll hier verzichtet, aber die Neubearbeitung zum Selberlesen empfohlen werden.

Jörg Gude

Dieses Buch ist im Online-Shop der INWO Deutschland erhältlich.

Hier finden Sie auch weitere Literatur sowie Filme und Hörbücher, Info- und Werbematerial zur Geld- und Bodenreform.

www.inwo.de/shop

Termine

Termine Deutschland

■ **Do., 21. März 2013, 19.00-22.00 Uhr,**
Café im Forum 3, Gymnasiumstraße 21,
70173 Stuttgart

Treffen der INWO-Regionalgruppe Stuttgart

Monatlich treffen sich Aktive aus Stuttgart und Umgebung um aktuelle Ereignisse aus Wirtschaft und Politik zu besprechen und Aktionen zu planen. Gäste sind herzlich willkommen!

Weiteres Treffen am 11. April 2013

Kontakt und Info: Stuttgart@INWO.de

■ **Do., 21. März 2013, 19.30-22.00 Uhr, Melanchthon-Akademie, Kartäuserwall 24b, Köln**

Treffen der INWO-Regionalgruppe Köln

Jeden 3. Donnerstag im Monat

Über Geld spricht man nicht! Doch – wir sprechen über Geld und darüber, wie man unser Geldsystem nachhaltig verbessern kann und wie dabei soziale Gerechtigkeit, Frieden und Umweltschutz möglich gemacht werden. Es geht dabei um Aktuelles, wie etwa die finanzpolitischen Entwicklungen, aber auch um Grundsätzliches, wie etwa die Reform der Geld- und Bodenordnung. Die Abende werden durch ein Kurzreferat eingeleitet, das zur Diskussion anregen soll.

Weitere Treffen am 18. April, 16. Mai, 20. Juni und 18. Juli 2013

Kontakt und Info: Koeln@INWO.de

■ **Di., 2. April 2013, 19.00-21.30 Uhr, Auslandsgesellschaft, Steinstr. 48 (direkt hinter dem Hauptbahnhof), Dortmund**

Treffen der INWO-Regionalgruppe Dortmund

Monatlich treffen sich Aktive aus Dortmund und Umgebung, um aktuelle Ereignisse aus Wirtschaft und Politik zu besprechen und Aktionen zu planen. Gäste sind herzlich willkommen!

Weitere Treffen am 7. Mai, 4. Juni und 2. Juli 2013

Kontakt und Info: Dortmund@INWO.de

■ **Fr., 5. April, 18.00-19.00 Uhr,**
Hindenburgstraße 16, Schwabach

Lesertreff der Humanen Wirtschaft in Nürnberg

Stammtischtreffen jeden ersten Freitag eines Monats

Ansprechpartner für Informationen: Petra Bergemann Tel.: 09122-877375 oder Armin Scharf: armin.scharf@online.de

■ **Di., 9. April 2013, 17.00-19.00 Uhr,**
Katharinenstr. 14, Essen

Gesprächskreis Förderverein Natürliche Wirtschaftsordnung Essen

Einmal im Monat leitet Wilhelm Schmülling einen Gesprächskreis und führt mit einem aktuellen Thema als Impulsreferat ein. Hohe Aktua-

lität und das Kennenlernen politisch Interessierter und Aktiver prägen diese Veranstaltung

■ **13. April 2013, Künstlerhaus am Lenbachplatz, München**

Messe Grünes Geld

Messe für nachhaltige Kapitalanlagen

Mehr Infos unter: www.gruenes-geld.de

■ **13. April 2013, bundesweit in verschiedenen Städten**

Umfairteilen-Aktionstag

Denn es kann so nicht weitergehen! Fehlende Kita-Plätze, geschlossene Bibliotheken, mangelhafter Nahverkehr – der öffentlichen Hand fehlt das Geld für wichtige Investitionen. Dem stehen gigantische private Vermögen entgegen. Sie müssen wieder an der Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligt werden – mit einer einmaligen Vermögensabgabe und einer dauerhaften Vermögenssteuer.

Mehr Infos unter: www.umfairteilen.de

■ **Fr.-So., 26.-28. April 2013, Windrather-Tal-schule, Panner Straße 24, Velbert-Langenberg (NRW)**

Fairventure-Kongress

»Wir sind der Wandel«

inkl. Podiumsgespräch »Geld, Gold, Gewissen – Wie können wir wahre Werte erkennen und einander daran teilhaben lassen?« mit Ronny Müller, Veronika Spielbichler, Thomas Brunner und Prof. Dr. Johann Walter, Moderation: Johannes Heimrath

»Wir sind der Wandel« ist der Titel eines Buches des Amerikaners Paul Hawken, in dem er die »größte soziale Bewegung der Menschheitsgeschichte« beschreibt. Menschen, die den Wandel wollen und praktizieren gelten Paul Hawken als das Immunsystem der Erde, das überall dort aktiv wird, wo es dem Leben dienliche Initiativen zu entfalten gilt. fairventure ist ein neues Begegnungsformat, das dem Rechnung trägt.

Mehr Infos: www.fairventure.de

■ **Fr.-So., 3.-5. Mai 2013, Traunstein**

Regiogeld-Kongress – 10 Jahre Chiemgauer

Nicht nur, aber auch – der Chiemgauer wird 10 Jahre alt. Und so steht Traunstein vom 3. bis 5. Mai 2013 ganz im Zeichen des Regiogelds. Es erwarten Sie spannende Foren und Vorträge, interessante Exkursionen und packende Gesprächsmöglichkeiten. Gestaltet von und mit namhaften Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft und der Regiogeld-Welt. Ein kulturelles Rahmenprogramm sorgt für Atmosphäre. Ein Abend der besonderen Art lädt ein zum Genuss von Kultur und mehr.

Der Chiemgauer ist weltweit das renommierteste Referenzprojekt in Sachen Regiogeld. Vor zehn Jahren aus einem Schülerprojekt an der Waldorfschule Chiemgau in Prien hervorgegan-

gen, zählt er über 3.000 Mitglieder, 600 Unternehmen, 250 geförderte Vereine und eine Umlaufsumme von 625.000 Chiemgauer/Euro. Innerhalb von zehn Jahren entstand eine Förder-summe von 255.270 Euro für gemeinnützige Projekte.

Anmeldung und Information:

www.chiemgauer-kongress.de

■ **Fr.-Sa., 31. Mai und 1. Juni 2013, Frankfurt**

Blockupy Frankfurt!

Erneut wird zu europäischen Tagen des Protests in Frankfurt am Main gegen das Krisenregime der Europäischen Union aufgerufen. Der Widerstand gegen die Verarmungspolitik von Regierung und Troika – der EZB, der EU-Kommission und des IWF – soll in eines der Zentren des europäischen Krisenregimes getragen werden: an den Sitz der Europäischen Zentralbank (EZB) und vieler deutscher Banken und Konzerne.

Mehr Infos unter: www.blockupy-frankfurt.org

■ **Sa., 8. Juni 2013, 10.00-21.00 Uhr, Pirckheimer Haus, Königstraße 64, Nürnberg**

Sommertagung der Humanen Wirtschaft

u.a. mit Dr. Christoph Körner zum Thema »Glaube, Zins, Jesu Tempelreinigung«, Steffen Henke zum Thema »Bricht unser tabuisiertes Geldsystem zusammen?« und einem weiteren Vortrag von Prof. Dr. Dr. Wolfgang Berger

Informationen und Anmeldung über: Armin Scharf, Am Michelsberg 11, 91322 Gräfenberg, Tel.: 09192-216166, E-Mail: armin.scharf@online.de

Termine Schweiz

■ **Mo., 18. März 2013, 19.00 Uhr, im kleinen Saal, Restaurant Falken, Schaffhausen**

Jetzt braucht es die Vollgeldreform!

Vortrag und Diskussion des Vereins MoMo

Mehr Infos: www.vollgeld.ch in .

■ **Do., 21. März 2013, 18.30-21.30 Uhr, Zentrum Karl der Grosse, Kirchgasse 14, Zürich**

Treffen der INWO-Regionalgruppe Zürich

»Gemeinwohl-Ökonomie – ein Wirtschaftsmodell der Zukunft« – Kurz-Referat von Peter Meier-Lüscher über ein Wirtschaftssystem, das auf Menschenwürde, Solidarität, Kooperation, ökologischer Verantwortung und Mitgefühl aufbaut. Weiteres monatliches Treffen zum Thema »gerechtes Geld – gerechte Welt« am 18. April

Sa., 27. April 2013, 14.00-17.00 Uhr, Zentrum Karl der Grosse, Kirchgasse 14, Zürich

23. GV INWO Schweiz

Genauere Angaben unter: www.INWO.ch

Fr.-Sa., 24.-25. Mai 2013, St. Gallen

9. Sozial- und Umweltforum Ostschweiz

Mehr Infos: www.sufo.ch

Fortlaufend:

Vollgeldreform/Monetative

Termine + Infos unter: www.vollgeld.ch

BGE Bedingungsloses Grundeinkommen

Termine + Infos unter: www.bien.ch



Mitgliedsantrag

Name	Straße & Hausnummer	Postleitzahl & Ort
Telefon & E-Mail-Adresse		Alter, Beruf

Per Fax an: 066 23 - 91 96 02 oder per Post an:

INWO e.V. Versand
Wüstefeld 6
36199 Rotenburg

- Ich möchte förderndes Mitglied der INWO e.V. werden!
- ☐ Ich zahle jährlich 48 € (regulärer Beitrag inklusive Mitgliederzeitschrift).
- ☐ Ich zahle jährlich 24 € (ermäßigt nach Selbsteinschätzung inklusive Zeitschrift).
- ☐ Ich zahle jährlich 12 € (Bezug der Zeitschrift solange der Vorrat reicht).
- ☐ Ich spende einen zusätzlichen Beitrag von jährlich _____ €.
- ☐ Ich spende zusätzlich einmalig _____ €.
- ☐ Ich wünsche jährlich eine Spendenbescheinigung.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

Hiermit ermächtige ich die Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., bis auf Widerruf meinen jährlichen Mitgliedsbeitrag (ab Beitrittsmonat bis Jahresende, danach jeweils im März für das gesamte Jahr) und die zusätzliche Spende (ggf. streichen) von meinem

Konto Nr.: _____ BLZ: _____

bei der _____

mittels Lastschrift abbuchen zu lassen. Wenn oben genanntes Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der kontoführenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

Bestellformular

- ☐ Ich bestelle ein Jahresabo der FAIRCONOMY für 10 € Versandkostenpauschale.
- ☐ Ich möchte ein kostenloses und unverbindliches Probeabo der Zeitschrift FAIRCONOMY.
- ☐ Bitte senden Sie mir kostenloses Infomaterial über die INWO.
- ☐ Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Verteiler auf. Meine E-Mail-Adresse: _____

Ich bestelle folgende Materialien der INWO / Platz für Anmerkungen:

_____	_____
_____	_____
_____	_____
ggf. Artikelbezeichnung	ggf. Anzahl

Alle Preise verstehen sich als Bruttopreise. Versandkosten für Sendungen an Adressen in Deutschland entfallen ab einem Bestellwert von 20 Euro. Bei einem geringeren Bestellwert werden 3,50 Euro Versandkosten berechnet. Sämtliche Sendungen ins Ausland versenden wir nur gegen Vorkasse. Versandkosten für Sendungen an Adressen außerhalb Deutschlands ermitteln wir gerne auf Anfrage.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

Ihre Daten werden elektronisch erfasst, damit wir Spendenquittungen, Rechnungen etc. ausstellen und Kontakt zu Ihnen halten können. Ihre Daten werden ausschließlich von uns oder durch unsere Beauftragten für vereinsbezogene Informations- und Werbezwecke genutzt. Wir geben keine Daten an Dritte weiter! Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an INWO e.V. Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg.



FAIRCONOMY

Jahrgang 2012 komplett

Haben Sie eine Ausgabe verpasst? Solange unser Vorrat reicht, kann der ganze Jahrgang 2012 im Shop bestellt werden.

4 Stück für 8 €

Dirk Löhr

Die Plünderung der Erde – Anatomie einer Ökonomie der Ausbeutung

Unter dem ideologischen Deckmantel der Effizienz wird aktuell ein brutaler wie methodischer Raubzug gegen Mensch und Natur geführt. Der dabei von den Privatisierungsgurus und Rendite-Junkies in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik vorgelegte Plan ist nicht die behauptete Lösung, sondern der Kern des Problems: Er fordert umfassende Exklusivrechte an nicht vermehrbaren Ressourcen einerseits und den Tanz um das Rentabilitätsprinzip andererseits ein – uralte Steine des Anstoßes, die schon im Alten Testament zu finden sind. Mit der Globalisierung bekommen sie eine neue Dimension.

Dieses Buch, ein Beitrag zur Ökologischen Ökonomie, versteht sich als kritisches Lehrbuch. Angesichts der Härte, mit der sich die Lehrbuchorthodoxie mittlerweile an der Realität stößt, ist Häresie das Gebot der Stunde.

Verlag für Sozialökonomie, Taschenbuch, 2. überarbeitete & erweiterte Auflage, 486 S., zahlreiche Abbildungen und Tabellen, Preis: 34.00 €

Sylvia Führer

Die Münze Nuria

Die Abenteuer einer 1 €-Münze lassen die Leser aus einer völlig neuen Perspektive erleben, wie das Geld die Menschen miteinander verbindet. Ein spielerischer Märchenroman mit tiefsinnigem Hintergrund, für Menschen von 8 bis 100 Jahren. Die Autorin, eine Enkelin Silvio Gesells, vermittelt aus einer völlig neuen Perspektive den spannenden und verantwortungsvollen Umgang mit Geld. Spielerisch werden die Leser mit der Funktion des Tauschmittels vertraut. Zahlreiche farbenfrohe Illustrationen von Fabienne Rieger machen die Erzählung zu einem anregenden Familienvergnügen.

Verlag Froh & Frei / Cramer, Holzwickede 2007, 112 S., Preis: 14.90 €

Das Ostergeschenk, nicht nur für Kinder!

Helmut Creutz

Das Geldsyndrom 2012. Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft

Die überarbeitete Neuauflage des Klassikers enthält wieder eine Vielzahl anschaulicher Grafiken, basierend auf aktuellem Zahlenmaterial. Helmut Creutz gibt Antworten auf Fragen wie diese: Warum werden die weltweit vagabundierenden Geldströme immer größer, weshalb reagieren die Kurse an den Aktien- und Vermögensmärkten immer hektischer und warum bekommen die Notenbanken Geldmenge und Kaufkraft nicht in den Griff? Warum müssen wir jedes Jahr unsere Wirtschaftsleistung steigern? Warum nehmen trotzdem die Staatsverschuldungen ständig zu und ebenso die Scherenöffnung zwischen Arm und Reich? Der Autor veranschaulicht auf verblüffende Weise, wie alle diese Fehlentwicklungen mit den Strukturen unseres Geldsystems zusammenhängen, und bietet sinnvolle und kompetente Lösungsvorschläge.

Wissenschaftsverlag Mainz, aktualisierte Neuauflage Aachen 2012, Taschenbuch, 484 Seiten, 63 Grafiken, Preis: 16.80 €

Werner Onken

Geld und Natur in Literatur, Kunst und Musik

Nach einem kurzen Blick auf den zu geringen Stellenwert der Kultur in der Gesellschaft zeigt Werner Onken in diesem Buch, wie sich zahlreiche DichterInnen, KünstlerInnen und MusikerInnen in ihren Werken auch mit den wirtschaftlichen Grundfragen unseres Daseins beschäftigt haben – mit der Rolle des Geldes in der Gesellschaft, mit dem Gegensatz zwischen Reichtum und Armut sowie mit dem Umgang mit dem Boden und den Naturressourcen.

Verlag für Sozialökonomie, Kiel 2010, Taschenbuch, 285 S., 47 Farb- und 32 Schwarzweißabbildungen, Preis: 29.90 €



Bestellungen an: INWO-Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg, Telefon: 066 23 - 91 96 01, Fax: 066 23 - 91 96 02, E-Mail: Versand@INWO.de oder online unter: <http://www.INWO.de/Shop>. Dort finden Sie auch weitere Angebote.

Alle Preise verstehen sich als Bruttopreise. Versandkosten für Sendungen an Adressen in Deutschland entfallen ab einem Bestellwert von 20 Euro. Bei einem geringeren Bestellwert werden 3,50 Euro Versandkosten berechnet. Sämtliche Sendungen ins Ausland versenden wir nur gegen Vorkasse. Versandkosten für Sendungen an Adressen außerhalb Deutschlands ermitteln wir gerne auf Anfrage.